

Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Trainé



Nr. III-23

Axel Anlauf

Der Kampf um indigene Autonomie inner- und außerhalb staatlicher Institutionen - eine vergleichende Analyse sozialer Bewegungen in Ostbolivien und Südmexiko

Universität zu Köln
Philosophische Fakultät
Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika
ISSN 1616-9085



Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Traine

ISSN 1616-9085

III-23 Politikwissenschaft

Redaktion: Rebecca Steger

Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika, 2013

Universität zu Köln

Philosophische Fakultät

Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika

Albertus-Magnus-Platz

D-50923 Köln

Download und weitere Informationen unter <http://www.lateinamerika.uni-koeln.de/publikationen.html>

Inhaltsverzeichnis

I. Abbildungsverzeichnis.....	i
II. Abkürzungsverzeichnis:.....	i
1. Einleitung.....	1
2. Theoretischer Zugriff auf Soziale Bewegungen.....	2
2.1 Definition Sozialer Bewegungen.....	2
2.2 Kontextuelle Besonderheiten Lateinamerikas.....	3
2.3 Structural strains.....	3
2.4 Politische Opportunitätsstrukturen (POS).....	4
2.4.1 Bewegungsstrategien und POS.....	6
2.4.2 Policy domains.....	6
2.4.3 Outcomes.....	7
3. Die indigene Bewegung in Südmexiko	8
3.1 Structural strains.....	9
3.1.1 Agrarstruktur.....	9
3.1.2 Diskriminierung.....	11
3.1.3 Neoliberale Politiken.....	12
3.2 Politisches System.....	13
3.3 Die Entstehung der EZLN.....	15
3.3.1 Die unabhängige Campesino- und Indígena-Bewegung.....	15
3.3.2 Politisierung des Ethnischen und die EZLN.....	17
3.4 Forderungen	18
3.5 Strategien und Aktionen.....	19
3.5.1 Die bewaffnete Erhebung	19
3.5.2 Übergang zum politischen Kampf.....	20
3.6 Outcomes	21
3.6.1 Die Abkommen von San Andrés.....	21
3.5.2 Der Aufbau von de-facto-Autonomie außerhalb staatlicher Strukturen.....	22
4. Die indigene Bewegung in Ostbolivien.....	25
4.1 Structural strains	26
4.1.1 Agrarstruktur.....	26
4.1.2 Diskriminierung und Armut.....	28

4.1.3 Neoliberale Politiken.....	29
4.2 Politisches System.....	29
4.3 Entstehung der CIDOB.....	31
4.4 Forderungen.....	32
4.5 Strategien und Aktionen.....	33
4.6 Outcomes.....	36
5. Fazit.....	39
6. Literaturverzeichnis.....	42

I. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Die Bundesstaaten Mexikos.....	9
Abb. 2: Die <i>Caracoles</i> der EZLN und ihre zugehörigen Landkreise.....	24
Abb. 3: Boliviens Hoch- und Tiefland	26
Abb. 4: Titulierte TIOCs in Bolivien.....	38

II. Abkürzungsverzeichnis:

AC	Asamblea Constituyente (Verfassungsgebende Versammlung).
ADN	Acción Democrática Nacionalista (Nationalistische Demokratische Aktion, Partei Boliviens).
AIOC	Autonomía indígena originaria y campesina (indigene, ursprüngliche, bäuerliche Autonomie)
CIDOB	Confederación de los Pueblos Indígenas de Bolivia (Dachverband der indigenen Völker Boliviens).
CNI	Congreso Nacional Indígena (Nationaler indigener Kongress).
CONAMAQ	Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu (Dachverband von Aymara- und Quetschua Gemeinden im Hochland Boliviens).
COPOCA	Comisión de Concordia y Pazificación (parlamentarische Kommission in den Verhandlungen von San Andrés).
EZLN	Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung).
LPP	Ley de Participación Popular (Volksbeteiligungsgesetz, verabschiedet 1994).
MAS	Movimiento al Socialismo (Bewegung zum Sozialismus, Partei Boliviens).
MIR	Movimiento de Izquierda Revolucionaria (Bewegung der Revolutionären Linken, Partei Boliviens).
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario (Nationalistische Revolutionäre Bewegung, Partei Boliviens).
NAFTA	North American Free Trade Agreement
OTB	Organizaciones Territoriales de Base (Territoriale Basisorganisationen)
TCO	Tierra Comunitaria de Origen (Gemeinschaftliche Ursprungsländerei)
TIOC	Territorio indígena originario campesinos (indigenes, ursprüngliches, bäuerliches Territorium)

PAN	Partido de Acción Nacional (Partei der nationalen Aktion)
POS	Politische Opportunitätsstrukturen
PRD	Partido de la Revolución Democrática (Partei der demokratischen Revolution)
PRI	Partido Revolucionario Institucional (Partei der Institutionellen Revolution)
SB	Soziale Bewegungen

1. Einleitung

Indigene Bewegungen traten in ganz Lateinamerika spätestens seit den 1990er Jahren immer deutlicher in Erscheinung und wurden z.T. bedeutende politische Akteure. Die prominentesten Beispiele sind sicherlich der Dachverband der indigenen Gruppen Ecuadors, welche den Präsidenten Rafeal Correa stützten, die zahlreichen indigen geprägten Bewegungen Boliviens, welche zur Machtübernahme von Evo Morales beitrugen, sowie die zapatistische Bewegung in Mexiko. Besonders auffällig ist, dass obwohl sich ihre Ziele oft ähneln, auf verschiedene Strategien zurückgegriffen wird, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen. So schreibt Georg Schön (2008: 113-114):

„Der aktuelle indigene politische Aktivismus [...] sucht [...] – je nach politischen Möglichkeitsstrukturen¹ – durch bewaffnete Aufstände, friedliche Blockaden und Demonstrationen, den Aufbau von autonomen Territorien, der Partizipation an staatlichen Institutionen durch politische Parteien oder Verhandlungen und Dialog mit staatlichen Autoritäten politische Räume zu erkämpfen“.

Die vorliegende Arbeit analysiert dabei mit der indigenen Bewegung in Südmexiko, die mit einem bewaffneten Aufstand und dem Aufbau autonomer Strukturen außerhalb staatlicher Institution agiert, und der indigenen Bewegung in Ostbolivien, die vor allem innerhalb dieser Institutionen für Veränderung kämpft, zwei Fälle deren Strategien kaum unterschiedlicher sein könnten. Wie es zur Anwendung so unterschiedlicher Strategien kommt und was damit erreicht wird, soll im Folgenden genauer untersucht werden. Dazu wurden mit zwei Fallbeispiele ausgewählt, in denen die betroffenen Gruppen sehr ähnliche Deprivationen erfahren und die gleiche (Teil-)Forderung zur Überwindung dieser entwickeln – die indigene Autonomie. Allerdings trafen die Bewegungen in ihrer Entstehung auf sehr unterschiedliche politische Kontexte. In der Bewegungsforschung befasst sich der Ansatz der Politischen Opportunitätsstrukturen (POS) mit diesem Aspekt. Laut ihm wirken sich Determinanten, wie die institutionelle Struktur und die Reaktionen des Staates auf die Entstehung und Entwicklung von Sozialen Bewegungen (SB) aus (siehe 2.4). Diese Arbeit geht also zum einen der Frage nach, wie sich die POS auf die Strategien von SB auswirken. Zum anderen fragt sie danach wie die POS im Wechselspiel mit diesen Strategien das Wirken der SB beeinflussen.

Nach Klären des theoretischen Hintergrundes sind die darauf folgenden Kapitel der Fallbeispiele daher parallel aufgebaut. Zunächst werden die gesellschaftlichen Spannungsverhältnisse in Form der Agrarstruktur, der Diskriminierung und den Folgen neoliberaler Politi-

¹ Schön bezieht sich hier auf die im Folgenden erläuterte Theorie der *Political Opportunity Structures*. Der im englischen Sprachraum geprägte Begriff wird in dieser Arbeit mit „Politische Opportunitätsstrukturen“ übersetzt.

ken untersucht. Danach wird das politische System vorgestellt aus dem sich bereits einige Aspekte der POS ableiten lassen. Im darauf folgenden Abschnitt wird jeweils die Bewegungsentstehung analysiert, wobei die Paradigmen der *structural strains* und der POS komplementär herangezogen werden. Danach werden die Forderungen der Bewegung beleuchtet, mit besonderem Augenmerk auf die Autonomiekonzeption. Anschließend wird anhand der POS die Strategie der Bewegungen analysiert. Dieser Teil fällt im mexikanischen Fallbeispiel wesentlich kürzer aus, da die Strategie des bewaffneten Aufstandes sich aus der speziellen Bewegungsentstehung erklären lässt, die bereits im ausführlicheren vorhergehenden Kapitel analysiert wurde. Schließlich wird vor dem Hintergrund der POS das Wirken der Bewegungen betrachtet, bevor die Ergebnisse im letzten Kapitel vergleichend zusammengefasst werden.

Die Theoriebildung zu SB fand bisher vor allem in Europa und den USA statt. Zur Übertragbarkeit dieser Ansätze auf andere Regionen siehe Kapitel 2.2. Während in der Europäischen Forschung eher identitätsbezogene Ansätze dominieren, die danach fragen *warum* SB entstehen, dominieren in den USA Ansätze, die nach dem *wie* fragen (Foweraker 1995: 2). Diesen ist auch der hier hauptsächlich verwendete Ansatz der POS zuzuordnen. Dieser wiederum wird in einer dynamischeren Variante verwendet, in der zeitliche Veränderungen in der POS innerhalb eines Landes untersucht werden, um die Entwicklung einer SB Bewegung zu erklären (z.B. Tarrow 1991). In der statischeren Variante werden die Auswirkungen von unterschiedlichen politischen Systemen auf die Ausrichtung verschiedener Bewegungen untersucht (z.B. Kitschelt 1986; Brockett 1991). Der Hauptfokus der vorliegenden Arbeit liegt auf einem Ländervergleich, wobei auch Längsschnittbetrachtungen in die Analyse einbezogen werden. Die Frage nach dem Wirken von SB ist bisher wenig systematisch erforscht und kaum theoretisch aufgearbeitet. Ein Pionierwerk bildet die auch in dieser Arbeit herangezogene Monographie „Protest and Opportunities“ von Felix Kolb (2007).

2. Theoretischer Zugriff auf Soziale Bewegungen

2.1 Definition Sozialer Bewegungen

Das mittlerweile in Wissenschaft und Medien viel rezipierte Phänomen der Sozialen Bewegungen (SB) ist theoretisch schwer erfassbar und wird in der Wissenschaft sehr unterschiedlich interpretiert. Als Arbeitsgrundlage soll eine Definition von Dieter Rucht dienen, welche die für diese Arbeit wichtigen Aspekte umfasst. Rucht (1997: 76-77) definiert eine Soziale Bewegung als ein

„auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierender Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welches sozialen Wandel mit Mitteln des Protestes – bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen will“.

Hier zeigt sich zum einen die in der europäischen Forschung betonte Fokussierung auf die Entwicklung einer gemeinsamen Identität, welche die ansonsten häufig informellen, losen Zusammenschlüsse als Bewegung eint. Zum anderen ist das mobilisierende Moment bedeutend, welches den Zusammenschluss zur Bewegung werden lässt. Schließlich wird in der Definition angedeutet, dass SB sehr unterschiedliche Strategien entwickeln, um ihre Ziele durchzusetzen, je nachdem wie sie aufgestellt sind oder das Umfeld konstituiert ist.

2.2 Kontextuelle Besonderheiten Lateinamerikas

Verschiedene Autoren wie Dieter Boris (2007; 2009) und Joe Foweraker (1995: 33-35) kritisieren die Anwendung von Theorien, welche anhand von SB in den Industriestaaten Europas und Nordamerikas entwickelt wurden, in Lateinamerika. Grund dafür bieten verschiedene kontextuelle Differenzen. Zum einen blieb ein vergleichbarer sozialer und wirtschaftlicher Wandel in Lateinamerika aus. Wohlfahrtsstaaten sind höchstens marginal ausgeprägt und die Reichtumsverteilung wesentlich stärker polarisiert (Ismar/Mittag 2009: 28-29). Dies spiegelt sich in den Trägerschaften und Forderungen von SB wider: Während in Europa und den USA vor allem die gebildete Mittelschicht immaterielle Forderungen stellte, waren und sind es in Lateinamerika vor allem die Unterschichten, die neben immateriellen Forderungen stets ein mehr an ökonomischer Beteiligung verlangen (Boris 2007: 81-82). Des Weiteren wurden die meisten Länder Lateinamerikas bis in die (späten) 1980er Jahre von Militärdiktaturen oder autoritären Regimen regiert, während dort wo die Theoriebildung zu SB stattfand, diese ihre Forderungen an konsolidierte demokratische Regimes stellen konnten (Foweraker 1995: 28).

In Anlehnung an diese Überlegungen sollen hier als entscheidende Momente für die Entstehung und Entwicklung der zu betrachtenden sozialen Bewegungen die langanhaltenden und zunehmenden strukturellen Spannungen in der Gesellschaft (*structural strains*) und die POS gelten (Boris 2007: 85-86).

2.3 Structural strains

Der *structural strains* Ansatz befasst sich mit der Untersuchung der Gesellschaftsstruktur, als Grund für Protest, sowie der Sozialstruktur der Bewegung, welche spezifische Deprivations-

erfahrungen einen. Es wird zum einen danach gefragt, in wie weit SB durch Modernisierungsschübe, sozialen Wandel oder andere strukturelle Spannungsverhältnisse entstehen. Dabei entstehen SB nicht nur aus diesen Spannungsverhältnissen, sondern entwickeln auch eigene Vorstellungen wie diese zu lösen sind, die sich nachhaltig auf die gesellschaftliche Entwicklung auswirken können. Zum anderen fragt dieser Ansatz nach der soziostrukturellen Zusammensetzung der Mobilisierungsbasis der SB. Diese wird weniger als Individuen angesprochen, sondern vielmehr als soziale Gruppe die durch bestimmte Kontaktnetzwerke verbunden ist und spezifische Deprivationserfahrungen teilt. Die sozialen Gruppen können anhand unterschiedlichster Merkmale, wie Klasse, Gender, Ethnie, Wohnort, etc. konstruiert werden. Die soziostrukturelle Zusammensetzung der SB hat jedoch stets Auswirkungen auf die Herausbildung der Identität der Bewegung (Hellmann 1998: 17-19; Schön 2008: 35). Aufgrund der weiterhin sehr ausgeprägten bzw. sich verschärfenden sozialen Ungleichheit in Lateinamerika und in Anbetracht der Tatsache, dass Armut in den Länderbeispielen dieser Arbeit auch „ethnische Dimensionen“ hat (siehe 3.1.2 und 4.1.2), erscheint dieser Ansatz besonders bedeutungsvoll.

2.4 Politische Opportunitätsstrukturen (POS)

Dieser Ansatz geht davon aus, dass die Umweltbedingungen sozialer Bewegungen maßgeblich deren Entstehung und Strategien beeinflussen. Ihm liegt das *polity-Modell* nach Gamson und Tilly (1975) zu Grunde, welches besagt, dass es Mitglieder der *polity* gibt, die Einfluss auf den politischen Prozess haben und über Ressourcen verfügen. Die sogenannten Herausforderer hingegen stehen außerhalb der *polity* und müssen daher ihre Forderungen und Änderungswünsche durch Einflussnahme auf die Mitglieder erkämpfen. Sie verfügen – außer der Möglichkeit des Protests – meist über keine Ressourcen. Aus diesen Herausforderern formieren sich soziale Bewegungen (McAdam 1982: 38).

Das Konzept der POS wurde in den USA und Europa von verschiedenen Autoren in unterschiedlichen Varianten herausgearbeitet. Aufgrund der kontextuellen Unterschiede wurden Dimensionen der POS von mehreren Autoren zusammengetragen, die besondere Relevanz für die Analyse dieser lateinamerikanischen Beispiele haben. Speziell die bereits viele vorangehenden Arbeiten synthetisierende Publikation von Kriesi et al. (1995), welche sich tiefgehend mit POS, Bewegungsstrategien und der Interaktion mit dem Staat beschäftigt, bildet eine wichtige Grundlage.² Die für diese Arbeit relevanten Dimensionen der POS sollen sein:

² Die Dimension der *National Cleavage Structure* ist aber nicht für die Analyse der ausgewählten Beispiele sinnvoll, da sich die gesellschaftlichen Konfliktlinien in den z.T. ausgrenzenden politischen Systemen nicht

1. Institutionelle Struktur

Laut Kriesi et al. (1995: 27-32) werden die Zugangsmöglichkeiten zum Staat vor allem bedingt durch das gegenseitige Verhältnis von Zentralisationsgrad und Grad der funktionalen Teilung der Staatsmacht. Dezentralisation und eine aufgeteilte Staatsmacht sind Kennzeichen von schwachen Staaten, die multiple formale Zugangschancen für SB bieten, also offene politische Institutionen haben. Starke Staaten dagegen, mit einer hohen Zentralisation und einer fast allmächtigen Exekutive können sich mit geschlossenen Institutionen leichter gegen Bewegungsinteressen wehren. Innerhalb der formalen politischen Institutionen bieten sich den SB wichtige Zugangschancen beispielsweise durch direktdemokratische Mechanismen, Einflussmöglichkeiten auf Parlamentsabgeordnete oder Exekutivangestellte, sowie Konsultations- oder gar Mitentscheidungsrechte in Fachkommissionen. Je nachdem ob und wie diese Möglichkeiten vorhanden sind, können SB ihre Strategien ausrichten, um ihre Ziele in *policy* zu verwandeln (Rucht 1998: 116).

2. Reaktionsroutinen

Viele Autoren, auch McAdam (1996: 24-26) in seiner „highly consensual list“ der POS, führen „Repression“ als Dimension an. Die Dimension Reaktionsroutinen (*prevailing strategies*) von Kriesi et al. (1995: 33-37) scheint aber nützlicher für die Analyse, da sie nicht nur auf das Vorhandensein oder die Stärke von Repression als exklusive Strategie der *polity*-Mitglieder eingeht, sondern auch umfasst ob und wie weit die Autoritäten mit inklusiven Strategien auf Protest reagieren. Diese Reaktionsroutinen haben eine lange Tradition, sind in der politischen Kultur der Autoritäten verankert und somit über einen bestimmten Zeitraum gesehen relativ stabil. Exklusive Strategien sind repressiv, konfrontativ und polarisierend, während integrative kooperativ, integrativ und unterstützend sind (Kriesi et al. 1995: 33, 34).

3. Existenz / Fehlen von Verbündeten

Nicht nur den Protestinteressen wohlgesinnte Eliten, sondern auch weitere einflussreiche Bewegungen oder Organisationen können die Protestentstehung und -formen beeinflussen (Rucht 1998: 116-117). Im lateinamerikanischen Kontext sind dies häufig der Befreiungstheologie nahe stehende kirchliche Instanzen oder NGOs (Brockett 1991: 258).

immer in politischen Organisationen widerspiegeln. Um diese Spannungsverhältnisse und ihre Auswirkungen auf SB erfassen zu können, ist es hier angemessener sie im Sinne des *structural strains* Ansatzes zu erfassen.

4. Konsens / Dissens der Eliten

Konflikte oder Spaltungen innerhalb der Eliten können den Protest aussichtsreicher erscheinen lassen und bieten Bewegungen Angriffspunkte für ihre Forderungen, zumal sich Elitefraktionen bei der Suche nach neuen Bündnispartnern zur Machtsicherung durchaus den Interessen von SB öffnen können. Ein starker Elitenzusammenhalt dagegen kann Bewegungsinteressen abwehren (McAdam 1996: 24-26).

2.4.1 Bewegungsstrategien und POS

Innerhalb der Strategien von SB lassen sich in einer idealtypischen Unterteilung die fünf folgenden Protestformen ausmachen, die nach Radikalität bzw. Partizipationshemmschwelle geordnet sind, beginnend mit den niedrighemmschwelligsten Formen: Appellative Formen, wie Aufrufe oder Kampagnen; prozedurale Formen wie Rechtsaktivitäten, demonstrative Formen wie Protestmärsche, organisierte Kundgebungen oder Streiks; konfrontative Formen wie wilde Streiks oder Besetzungen; gewaltförmige Aktionen, die meist mit einer Bewaffnung der Bewegung einhergehen (Ismar/Mittag 2009: 22). Zwar wenden SB häufig verschiedene Protestformen parallel an (z.B. Demonstrationen, um Gesetzesinitiativen Nachdruck zu verleihen), jedoch erfolgt eine breitere Akzeptanz von bzw. Partizipation bei radikaleren, hochschwelligeren Formen erst, wenn mit den bisher angewandten Formen keine Veränderung erreicht wurde und auch nicht in Aussicht steht. Dies lässt sich wiederum auf die POS zurückführen.

Zumindest zu den Auswirkungen der 1. und 2. Dimension auf die Strategien Sozialer Bewegungen gibt es empirisch fundierte Überlegungen. Herbert Kitschelt (1986) untersuchte die Auswirkungen staatlicher Strukturen auf die Strategien der Anti-Atomkraft Bewegungen in vier demokratischen Industriestaaten. Seiner Studie zufolge leiten schwache Staaten eher dazu an assimilative Strategien zu verfolgen, da bestehende Institutionen Zugangsmöglichkeiten bereitstellen würden. Das heißt die SB können über bestehende Kanäle Einfluss auf die *polity*-Mitglieder nehmen. Auf der anderen Seite kommt es in starken Staaten eher zu konfrontativen Strategien, die außerhalb etablierter Kanäle agieren (Kitschelt 1986: 66).

Donatella Della Porta (1995) untersuchte den Zusammenhang zwischen Bewegungsstrategien und den Reaktionen der Autoritäten auf Protest. In ihrer Studie kommt sie zu dem Schluss:

„Political violence in Italy and Germany was triggered not so much by the radicality of the social conflicts but more directly by the reluctance of the political elites in the two young democracies to integrate the demands for reform of the political regime” (Della Porta 1995: 188).

Auch im lateinamerikanischen Kontext gibt es Untersuchungen zu diesem Aspekt: Charles D.

Brocketts Studie (1991: 263) über die Bauernbewegungen Zentralamerikas zufolge war es vor allem unüberlegte, ungerechtfertigte Repression die das System delegitimierte und der radikalen Opposition Unterstützung einbrachte.

2.4.2 Policy domains

Kriesi et al. (1995: 97-103) unterscheiden je nach Protestthema zwischen *high-profile* und *low-profile policy domains*. Wenn ein Protestthema von den Autoritäten innerhalb ihrer Vorstellungen die Kernaufgaben und Kerninteressen des Staates berührt, hat es *high-profile* Charakter, wird es als eher vernachlässigbar gesehen, hat es *low-profile* Charakter. Je nach *policy domain* fällt das Verhalten der Autoritäten und ihrer Verbündeten unterschiedlich aus. Bei ersteren werden die *polity*-Mitglieder in einer eher exklusiven Strategie versuchen die Herausforderer zu bezwingen, wobei sie häufig vom Lobbying wirtschaftlicher Interessen unterstützt werden. *Low-profile policy domains* sind dagegen offener für die Forderungen der SB. Die Autoritäten werden eher inklusive Strategien verfolgen. Da sich die POS je nach Protestthema anders gestalten, kommt es bei *high-profile policy domains* auch eher zu einer radikaleren Mobilisierung der SB. Allerdings kann das gleiche Thema in verschiedenen Ländern unterschiedliche Relevanz haben (Kriesi et al. 1995: 97-103).

2.4.3 Outcomes

Wenn es um die Ergebnisse der Mobilisierung von SB geht, wird häufig von Erfolg oder Misserfolg gesprochen. In Anlehnung an Kriesi et al. (1995: 211-212) erweist sich die Kategorie *outcomes* als treffenderes Analysekonzept da sie zum einen nicht subjektiv aufgeladen ist wie „Erfolg“, zum anderen auch die unbeabsichtigten Konsequenzen der Mobilisierung einbezieht. Zwar lassen sich auch Wirkungen im Innenbezug untersuchen (z.B. auf Identität und Organisation), in einer eher instrumentellen Sichtweise sollen hier aber *outcomes* im Außenbezug untersucht werden. Diese externen *impacts*, sind Teil der *outcomes* und können folgendermaßen unterteilt werden:

Procedural impacts öffnen Partizipationskanäle für Protestakteure und beinhalten ihre Anerkennung als legitime Repräsentanten der Forderungen. Solche Zugangsmöglichkeiten zu Parteien, Abgeordneten und Exekutivstellen oder auch zu Kommissionen und Anhörungen können nur temporär (ad hoc) oder auch permanent geöffnet werden.

Bei den *substantive impacts* geht es meist um die inhaltlichen Forderungen der Bewegungen, also *policy*-Änderungen in der Gesetzgebung und Realisierung. Sie können aber auch ohne Gesetzgebung durch Bewegungsaktivität selbst erreicht werden.

Structural impacts bedeuten Änderungen in der POS selbst. Dies passiert, indem sich

die Bündnisstrukturen ändern oder auch die Institutionen (z.B. Eine neue Verfassung) (Kriesi et al. 1995: 210-216; Kitschelt 1986: 67-74).

Ein oft herangezogener Indikator zur Erklärung des Wirkens Sozialer Bewegungen ist die Bewegungsstärke. Allerdings besteht keineswegs ein direkter kausaler Zusammenhang zwischen ihr und den *outcomes* (Kitschelt 1986: 71-72). So schreibt Kolb: „As long as political opportunities are not available, movements are doomed to fail no matter how strong they are (2007: 43)“. Bewegungen brauchen also POS oder müssen ihr Handeln gemäß dieser ausrichten, um *impacts* zu erzielen, die sie ihren Zielen näher bringen. Kolb stellt in seinem Buch verschiedene komplementäre kausale Mechanismen zur Analyse der Entstehung der *outcomes* Sozialer Bewegungen vor.

Der *disruption mechanism* bezeichnet die Idee, dass marginalisierte, machtlose Gruppen durch Protest von der Regierung erwünschte Zustände, wie sozialer Frieden oder kontinuierlicher Wahlerfolg, bedrohen können und somit eine Machtressource erlangen. Wenn die Machthaber in keiner derart stabilen Position sind, dass sie den Protest ignorieren oder unterdrücken können oder die Soziale Bewegung gar die Unterstützung wichtiger Interessensgruppen erlangt hat, sehen sie sich zu Zugeständnissen gezwungen. Somit kann ein Reformprozess in Gang gesetzt werden. Zur effektiven Umsetzung signifikanter Reformen bedarf es aber zudem der Präsenz und des Willens von Reformisten innerhalb der *polity*.

Der *political access mechanism* sieht SB nicht nur als machtlose Außenseiter, sondern nimmt die überlappenden Mitgliedschaften in SB und den staatlichen Institutionen in den Fokus. Die Ergebnisse hängen unter anderem davon ab, wie stark Mitglieder der SB in welchen Institutionen Fuß fassen konnten. Politischer Wandel ist also einerseits durch den Kampf um den Zugang zu Institutionen bedingt; andererseits durch den Kampf innerhalb der Institutionen.

Der *public preference mechanism* fragt danach, in wie weit die SB die öffentliche Meinung für ihre Ziele gewinnen können und somit auch die *polity*-Mitglieder beeinflussen können, da diese in demokratischen Systemen an ihrer Wiederwahl interessiert sind. Dies gelingt am wirkungsvollsten, wenn die Protestthemen von hoher Salienz sind und die Wahl vieler Individuen beeinflussen. Wenn aber ein hoher Eliten-Konsens bezüglich des Protestthemas besteht, sind *policy*-Änderungen diesbezüglich eher unwahrscheinlich (Kolb 2007: 73-82).

3. Die indigene Bewegung in Südmexiko

In der folgenden Analyse werden zum einen Mexiko-weite Entwicklungen und Daten betrachtet, der Schwerpunkt liegt aber auf dem Bundesstaat Chiapas, da dort mit dem *Ejército Zapa-*

*tista de Liberación Nacional*³ (EZLN) die bedeutendste indigene Bewegung entstand, die zudem nationale Bündnisse inspirierte. Obwohl diese bisher die einzige war, welche eine offene bewaffnete Rebellion wagte, beteuern Aktivisten aus anderen indigen geprägten Staaten im Süden, wie Guerrero und Oaxaca, dass ihre Situation derer der indigenen Bevölkerung in Chiapas ähnelt (Dietz 2005: 105). Somit sehen auch sie angesichts der äußerst schlechten POS in dem Aufbau einer de-facto-Autonomie außerhalb der staatlichen Institutionen die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Ziele (siehe 3.5).

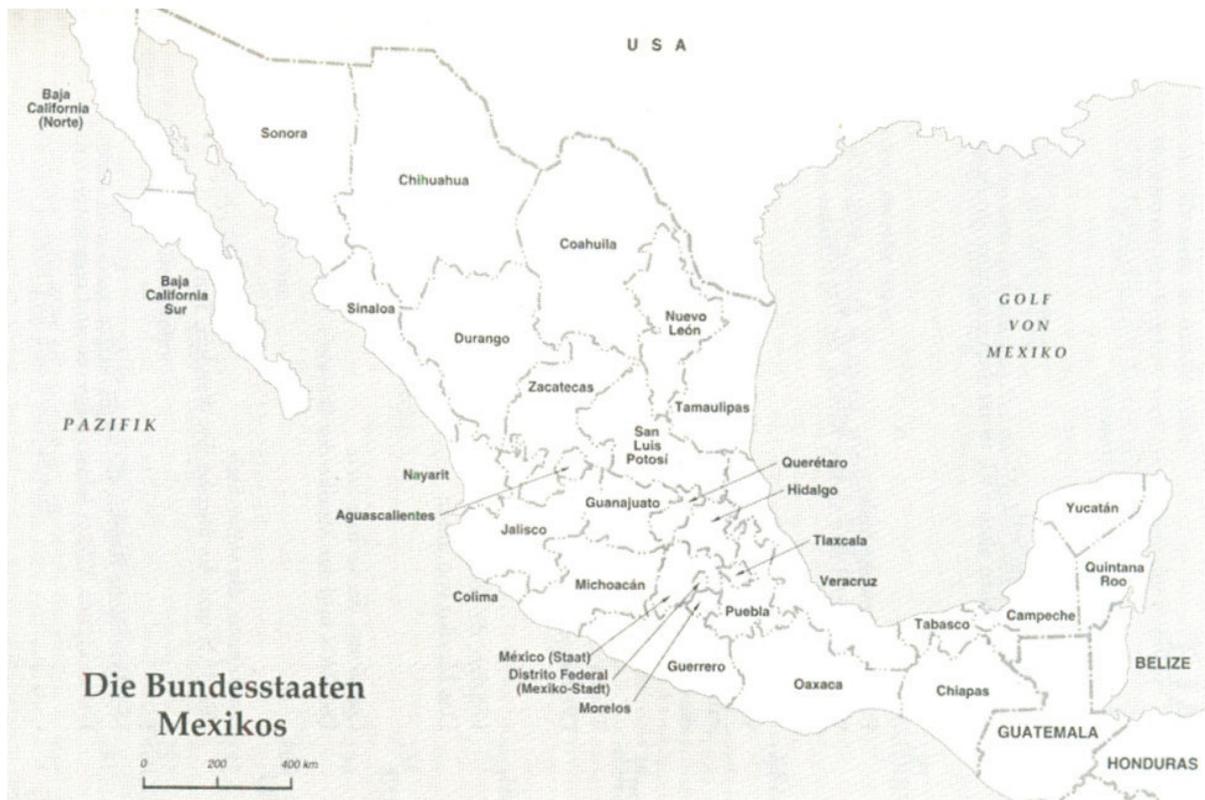


Abb. 1: Die Bundesstaaten Mexikos (Marcos 2003: 5).

3.1 Structural strains

3.1.1 Agrarstruktur

Die mexikanische Agrarstruktur wurde stark geprägt durch die von liberalen Ideen bestimmte Privatisierungspolitik kirchlicher, kommunaler und staatlicher Ländereien nach der Unabhängigkeit von 1821 und besonders durch die Modernisierungspolitik des Diktators Porfirio Díaz. Während seiner Regierung (1876–911) wurde indigener Grundbesitz nicht anerkannt und diese Ländereien zum Verkauf zu attraktiven Preisen freigegeben (Schüren 1997: 33-34). Ausländische Investoren kauften im Süden des Landes große Ländereien, um unter Ausbeutung

3 Dt.: Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung. Benannt nach dem Revolutionär Emiliano Zapata.

der entrechteten indigenen Landarbeiter auf großen *Fincas*⁴ für den Export bestimmte Produkte wie Kaffee oder Kautschuk zu produzieren. Der Landbesitz konzentrierte sich derart, dass bald über 90% der *Campesinos*⁵ in Mexiko kein Land mehr besaß (Kerkeling 2006: 100). „1910 befanden sich 97% des Landes in den Händen von 1% der Bevölkerung; 843 Großgrundbesitzer waren Eigentümer der Hälfte aller Ländereien“ (Fix-Fierro 1995a: 69).

Im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas bildeten die Großgrundbesitzer eine mächtige oftmals über familiäre Bande verknüpfte Oligarchie, die *familia chiapaneca* (González Esponda/Pólito Barrios 2000: 69). Dort ging mit der Landkonzentration und der Errichtung der *Fincas* die Etablierung quasi-feudaler Produktions- und Machtverhältnisse einher (Gerber 2005: 24-27). Nicht nur die auf der *Finca* ansässigen Arbeiter, die sich beim Tausch ihrer Arbeitskraft gegen Wohn- und Landnutzungsrechte verschuldeten, waren als *Mozos* (Knechte) der Willkür des Großgrundbesitzers ausgeliefert (González Esponda/Pólito Barrios 2000: 69). Auch Wanderarbeiter aus den Bergen wurden durch ihre Arbeit auf den *Fincas* in eine Schuldknechtschaft getrieben (Gerber 2005: 27). Da diese Verhältnisse die wichtigsten Grundlagen des dortigen wirtschaftlichen und politischen Systems bildeten, wehrte sich die regionale Elite gegen die aus der Revolution (1910-1920) hervorgegangenen Reformen, sodass diese bzw. ähnliche Strukturen z.T. bis heute aufrecht erhalten wurden (González Esponda/Pólito Barrios 2000: 70; Kerkeling 2006: 100-101).

Eine der wichtigsten Reformen stellte die im Artikel 27 der Verfassung von 1917 verankerte Landreform da, welche maßgeblich von der Bauernbewegung um Emiliano Zapata erkämpft wurde. Das in ihr festgeschriebene *ejido* sichert Dorfgemeinschaften einen Anspruch auf öffentliches unveräußerliches Grundeigentum zur kommunalen Nutzung. Dazu sollten große Ländereien teilweise aufgeteilt oder enteignet werden (Schüren 1997: 33-35). Die chiapanekische Oligarchie aber konnte sich mit bewaffnetem Widerstand und juristischen Tricks den sozio-ökonomischen Reformen der im Zentralstaat siegreichen Kräfte widersetzen und sich unter Wahrung ihrer Machtposition in den postrevolutionären Staat integrieren (Fix-Fierro 1995b: 86). So blieb selbst während der Amtszeit von Lázaro Cárdenas (1934-1940), der im übrigen Mexiko viel Land zugunsten von *ejidos* verteilte, das Ausmaß der Agrarreform in Chiapas äußerst gering (Kerkeling 2006: 104).

Hier erhöhte sich der Druck auf das Land in den nächsten Jahren sogar. Die Ursache liegt vor allem in der seit den 1970er Jahren betriebenen Modernisierung der Ökonomie. Die Errichtung von zahlreichen Staudämmen aufgrund des erhöhten gesamt-mexikanischen Ener-

4 Dt.: Großgrundbesitz mit Plantagenwirtschaft.

5 Dt.: Kleinbauer/Landarbeiter.

giebedarfs flutete über 100.000 Hektar fruchtbares Land. Mit der Entdeckung von Erdöl wurden Ländereien unnutzbar, die direkt von der Erdölförderung betroffen waren oder auch indirekt aufgrund der verursachten Umweltschäden (González Esponda/Pólito Barrios 2000: 74-75). Durch den erhöhten Einsatz von Maschinen in der Landwirtschaft wurden zusätzlich Bauern aus ihren bisherigen Arbeitsverhältnissen freigesetzt. Zudem stellten viele Großgrundbesitzer von der Kaffeeproduktion auf die weniger arbeitskraftintensive Viehzucht um, da sie höhere Renditen versprach (Gerber 2005: 35).

Mit der Landvergabe in kaum erschlossenen Gegenden, wie dem lakandonischen Urwald blieb die Agrarstruktur selbst angesichts der steigenden Mobilisierung des bäuerlichen Sektors ab den 1970er Jahren weitgehend unverändert. Die Oligarchie der Großgrundbesitzer, oftmals in Personalunion oder direkter (familiärer) Verbindung mit wichtigen politischen Ämtern, wie dem Gouverneursposten⁶ blieb so in ihrer privilegierten Stellung (Kerkeling 2006: 107-109).

3.1.2 Diskriminierung

Der Anteil der indigenen Bevölkerung⁷ liegt in ganz Mexiko bei ca. 10%, im Süden deutlich höher. Zwar wurde die juristisch-politische Unterordnung der indigenen im Zuge der Unabhängigkeit im Jahre 1821 abgeschafft, jedoch änderte sich im vorherrschenden sozialdarwinistischen Paradigma wenig an der rassistischen Haltung der weißen bzw. mestizischen Oberschichten. Die dadurch mitkonstituierten Ungleichheiten bestanden somit auch fort (Scheuzger 2009: 314-315). Nach der Mexikanischen Revolution, wurde ab den 1930er Jahren des 20. Jahrhunderts versucht mit Hilfe einer staatlich gesteuerten Politik namens *Indigenismo* die indigene Bevölkerung in das neue mestizische Mexiko zu assimilieren. Während die offizielle Staatsideologie den mexikanischen Staat als Nachfolger des Aztekenreichs sah, erkannte dieser Staat weder indigene Sprachen, noch das in Gemeinden praktizierte Gewohnheitsrecht geschweige denn eigene Organisationsformen oder ihre selbst bestimmten Autoritäten an (Kerkeling 2006: 64, 65; Dietz 2004: 65). Stattdessen versuchte das *Instituto Nacional Indigenista*⁸ (INI) ohne den betroffenen Gruppen Partizipationsmöglichkeiten bei der Gestaltung dieser Politik zu geben über Bildungs- und Entwicklungsprogramme diese Elemente auszumerzen. Da sich viele indigene Gruppen über diese identifizieren, sollten sie mit der forcierten Aufgabe der eigenen Kultur für die Schaffung einer homogenen mestizischen Nation verschwinden (Dietz 2004: 66, 67; Scheuzger 2009: 319).

6 Zur chiapanekischen Familie vgl. auch Gerber 2004: 28-31.

7 Trotz dieser starren statistischen Einteilungen, sollten sozio-kulturelle Identitäten nach Stuart Hall (1994: 29-30) nicht als „Wesen“, sondern viel mehr als „Positionierung“ in der Gesellschaft begriffen werden.

8 Dt.: Nationales Indigenen Institut.

Diese kulturelle Diskriminierung tritt genauso in sozio-ökonomischer Hinsicht zutage. Hier ist besonders die hohe Korrelation von hohem indigenem Bevölkerungsanteil mit höheren Armutsraten zu nennen, sowie die deutlich geringeren Verdienste indigener Arbeitnehmer bei gleicher Ausbildung und Berufserfahrung im gleichen Sektor. So lag das durchschnittliche Einkommen in kaum indigen geprägten Landkreisen Mexikos fast fünf Mal höher als in solchen mit hoher indigener Prägung (Panagedis 1994: 130-151). Dazu kommt auch eine räumliche Marginalisierung. Dienstleistungen und Macht konzentrieren sich in den von Weißen und Mestizen bewohnten Städten, während die Indigenen bestenfalls am Rande dieser wohnen (Fix-Fierro 1995b: 91). Obwohl indigene Gruppen nach Schätzungen über 30% der Bevölkerung von Chiapas ausmachen, befanden sich 1992 nur 1.096 der 16.058 Schulen in indigenen Gebieten (Kerkeling 2006: 118). Begleitet werden diese Spannungen von einem Alltagsrassismus, der sich empirisch schwer feststellen lässt, jedoch u.a. daran verdeutlicht werden kann, dass in den 1990er Jahren über 300 Fälle von Zwangssterilisierung an indigenen Frauen in staatlichen Krankenhäusern dokumentiert wurden (Kerkeling 2006: 149).

3.1.3 Neoliberale Politiken

Spätestens mit der Schuldenkrise 1982 wurde die zuvor sehr erfolgreiche strukturalistische Wirtschaftspolitik mit dem sozialpartnerschaftliche Korporatismus immer schwerer realisierbar (Kerkeling 2006: 83). So wurde ab der Präsidentschaft von Miguel de la Madrid (1982-1988), vor allem aber ab der Amtszeit von Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) in neoliberalen Modellen die Rettung aus der Krise gesehen. Neben der im Folgenden genauer betrachteten Agrarpolitik trugen auch die Reduzierung bzw. Tilgung zahlreicher Sozialleistungen, sowie die Privatisierung des Rentensystems zur Verstärkung der Armut bei (Jiménez Ricárdez 2000: 48).

Die Marktöffnung manifestierte sich vor allem in der umfassenden Liberalisierung des Agrarsektors und des Außenhandels. Zentral für den ersten Aspekt war die Reform des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung im Jahre 1992 in Vorbereitung auf das *North American Free Trade Agreement* (NAFTA). Das bis dato geschützte, unveräußerliche *Ejido*-Land wurde nun zur Privatisierung freigegeben (Fix-Fierro 1995a: 74). Die ohnehin schon immense Landkonzentration in Chiapas wurde so noch beschleunigt, da die exportorientierte Agroindustrie nun legalen Zugang zu dem ehemals geschützten Land hatte und viele Kleinbauern aus ihren Reproduktionsverhältnissen verdrängte, ohne dass neue geschaffen wurden (Kerkeling 2006: 110).

Im Außenhandel wurden mit dem Beitritt Mexikos zum *General Agreement on Tariffs*

and Trade (GATT) 1986 und zunehmend seit Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens am 1. Januar 1994 Importschranken für Agrarprodukte fast vollständig abgebaut, sodass ein Preisverfall der lokal angebauten Produkte einsetzte. Diese sind nicht konkurrenzfähig mit der hochtechnisierten, staatlich subventionierten Agroindustrie der USA. Die mexikanischen Agrarsubventionen wurden dagegen zurückgefahren, sodass Mexiko 1996 ca. 40% des eigenen Bedarfs an Mais importierte (Schüren 1997: 50-52). Kerkeling (2006: 85) fasst die Konsequenzen zusammen:

„Acht Jahre NAFTA Realität haben neben einem partiellen Wirtschaftsaufschwung dazu geführt, dass die Verarmung vor allem der Kleinbauern auf dem Land weiter zugenommen hat, die Löhne weiter gesunken sind, und die Anzahl der Arbeitslosen gestiegen ist“

3.2 Politisches System

Mit der Verabschiedung der revolutionären Verfassung von 1917 wurde Mexiko formal zu einer präsidentialen Bundesrepublik, die sich zu einem autoritär-korporatistischem Regime mit einem dominanten Präsidenten in einer fast zentralistischen Bundesregierung entwickelte.

Die *Partido Nacional Revolucionario*⁹ (PNR) wurde in den postrevolutionären Wirren als für alle Schichten offene Staatspartei gegründet, welche die Gesellschaft durchdringen, Widerstände integrieren und das gesamte Land beruhigen sollte (Kerkeling 2006: 19, 20). Vor allem durch die unter Lázaro Cárdenas (1934-1940) eingeleitete korporative Einbindung der Bevölkerung über die jeweiligen gesellschaftlichen Sektoren sicherte der PNR und ihre Nachfolgepartei *Partido Revolucionario Institucional*¹⁰ (PRI) mittels der Befriedung gesellschaftlicher Widersprüche lange Zeit ihr stabile Herrschaft (Braig/Müller 2008: 392). Über die Gewerkschaften bzw. Organisationen des *Sector Obrero*, *Sector Campesino* und des *Sector Popular*¹¹ wurden so zeitweise mehr als 20% der Mexikaner Mitglied in der Staatspartei. Diese hatte bis weit in die 1990er Jahre eine Monopolstellung im politischen System Mexikos inne (Kerkeling 2006: 24-26). Sie trug außerdem zu einem erheblichen Ausbau der Machtbefugnisse des Präsidenten bei und hohlte die anderen konstitutionellen Mächte aus (Jiménez Ricárdez 2000: 45). So hat der Präsident neben weitreichenden Exekutiv- und Repräsentationskompetenzen das Recht zur Gesetzgebungsinitiative, zum Veto gegenüber Gesetzesbeschlüssen des Kongresses und zur Ernennung des Generalstaatsanwalts (Braig/Müller 2008: 393).

In administrativer Hinsicht sind der nationalen Ebene der Föderation die Bundesstaa-

9 Dt.: Nationale Revolutionäre Partei.

10 Dt.: Partei der Institutionellen Revolution.

11 Arbeiter-, Kleinbauern- und Volkssektor, wobei in letzterem die Staatsangestellten und Unternehmer organisiert sind.

ten untergeordnet, denen wiederum die *Municipios*¹² unterstehen. Besondere Abhängigkeitsmechanismen ergeben durch die Zuweisung von Steuereinnahmen durch die Bundesregierung und durch die weitreichenden Kompetenzen von Verwaltungsfunktionären der Bundesregierung auf den unteren Ebenen (Braig/Müller 2008: 396). In diesem zentralisierten, hierarchischen System sind (indigene) Gemeinden nicht als Verwaltungseinheiten anerkannt (Dietz 2004: 103).

Abgesehen von der konservativen *Partido de Acción Nacional*¹³ (PAN), die aber auch erst ab den 1980er Jahren Relevanz auf nationaler Ebene erlangen konnte, existierten über lange Zeit kaum Oppositionsparteien. Ohne Einflussmöglichkeiten, bildeten diese eher eine Fassade von demokratischem Pluralismus. De facto wurde das politische Leben aber von der PRI und ihrer Führungsetage dominiert, die sich per Fingerzeig (*Dedazo*) das mächtige Präsidentenamt weiterreichte, da es verfassungsmäßig auf sechs Jahre limitiert ist (Braig/Müller 2008: 394). Innerparteiliche Wahlen fanden bis in die 1990er Jahre gar nicht statt. Präsidentschafts-, Parlaments-, Gouverneurs-, und Lokalwahlen legitimierten die Herrschaft der PRI nach außen. Doch neben Stimmenkauf und der Verfolgung von radikaleren Oppositionellen stellt wohl die bis zu den Parlamentswahlen 1997 gewährte Regierungskontrolle über die Stimmauszählung den wirkungsvollsten Mechanismus zur Wahlmanipulation dar (Kerkeling 2006: 24-28). Besondere Brisanz erregte das Ergebnis der Präsidentschaftswahl von 1988, welches der Linksoppositionelle Cuauthémoc Cárdenas als Betrug gegen seinen Sieg anfocht (Jiménez Ricardez 2000: 54, 55). Der bereits vor der Wahl aus der PRI ausgeschlossene Politiker gründete im Anschluss die sozialdemokratisch orientierte *Partido de la Revolución Democrática*¹⁴ (PRD), die neben PRI und PAN heute die bedeutendste Partei Mexikos ist (Braig/Müller 2008: 401).

Eine weitere wichtige Strategie zur Herrschaftssicherung bei Konflikten, die sich nicht über das korporative System befrieden lassen, ist der Rückgriff auf z.T. brutale Repression. Diese Strategie zieht sich durch das gesamte 20. Jahrhundert und wird vermutlich am deutlichsten an dem Massaker von Tlatelolco am 2. Oktober 1968, bei dem über 400 Demonstranten der studentischen Protestbewegung umgebracht wurden (Kerkeling 2006: 25). Auch der brutal geführte Krieg gegen die Drogen und die Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung in Chiapas (siehe 3.4.1) sind eindeutige Kennzeichen dieser Reaktionsroutinen. Zugespitzt schreibt Fix-Fierro (1995b: 84): „Sicher ist, dass [...] dem politischen Systems Mexikos eine Kultur mit Mitteln und Wegen zu Verhandlungen und Kompromiss fehlt“.

12 Ähnlich den deutschen Landkreisen.

13 Dt.: Partei der nationalen Aktion.

14 Dt.: Partei der demokratischen Revolution.

Zwar fand ab den 1970er Jahren unter Präsident Echaverría eine langsame, sehr vorsichtige Öffnung des politischen Systems statt, die zusammen mit dem neoliberalen Rückzug des Staates in den 1980er Jahren die korporativ-autoritäre Dominanz der PRI enorm schwächte. So ergaben sich Räume, die ermöglichten, dass Oppositionsparteien, wie die PRD zunehmend Ämter auf lokaler oder bundesstaatlicher Ebene besetzen konnten, oder wie im Falle der PAN gar die Präsidentschaft übernehmen konnten (Braig/Müller 2008: 391, 395). Doch die Grundzüge des politischen Systems in Form der weitreichenden Machtbefugnisse des Präsidenten, der korporativen und klientelistischen Parteistrukturen bzw. der schnelle Rückgriff auf Repression im Falle der Nicht-Befriedung durch selbige und das hohe Maß an Korruption und Wahlmanipulation, das sich nicht zuletzt bei dem fragwürdigen Wahlausgang der Präsidentschaftswahlen 2006 zeigte, überdauerten die Einparteienherrschaft der PRI und prägen die POS für SB bis heute (McKinley 2006). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die POS durch einen sehr starken zentralisierten Staat mit geschlossenen Institutionen auszeichnen, der oft auf exklusive Strategien, wie Repression zurückgreift. Unter den Eliten herrscht große Einigkeit in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik und indigener Rechte¹⁵, die im Folgenden behandelt werden sollen (Schön 2008: 132).

3.3 Die Entstehung der EZLN

Zum Verständnis, wie es zum bewaffneten Aufstand der EZLN 1994 kommen konnte, ist eine Analyse der *Indígena*- und *Campesino*-Bewegung in Chiapas als Wurzeln der EZLN nötig, da „die Führer, die heute das Geheime Revolutionäre Indígena-Komitee¹⁶ bilden, zuvor einen langen Prozess des legalen politischen Kampfes durch[machten]“ (González Esponda/Pólito Barrios 2000: 78).

3.3.1 Die unabhängige *Campesino*- und *Indígena*-Bewegung

Trotz der angestrebten korporativen Kontrolle der Gesellschaft entwickelten sich vor allem in den südlichen Bundesstaaten Chiapas, Guerrero und Oaxaca unabhängige *Campesino*- und *Indígena*-Organisationen. Auch wenn erstere eher von einem Klassenstandpunkt sozio-ökonomische Forderungen stellen und zweitere zudem bzw. stärker von einem ethnischen Standpunkt für kulturelle Rechte kämpfen, schließen sie sich nicht aus und haben oft die gleiche Basis (Scheuzger 2009: 325). Da die Basisforderungen in der hierarchischen Struktur der offiziellen Gewerkschaften kaum Gehör fanden, bzw. die korporatistische Struktur in Chiapas an-

¹⁵ Dies betrifft besonders die PAN und die PRI, aber auch Teile der PRD unterscheiden sich realpolitisch kaum von dem Kurs der PRI (Schön 2008: 132).

¹⁶ Generalkommandantur der EZLN, siehe 3.3.2, Anm. d. Verf..

gesichts des Verzichts auf Befriedung des Klassenkonfliktes durch die dortige Elite kaum durchgesetzt wurde, verbesserte sich die von extremer Marginalisierung geprägte Situation der dortigen bäuerlich-indigenen Bevölkerung durch die regierungsnahen Gewerkschaften nicht (gruppe demontage 1998: 142; Kerkeling 2006: 66).

Neben den andauernden *structural strains* der ungleichen Landverteilung und Diskriminierung gegenüber den Indigenen bildete vor allem die Modernisierung der Wirtschaft Auslöser für verstärkte Aktivität sozialer Bewegungen. Diese trafen mit der Einberufung des offiziellen *Indígena*-Kongresses im Oktober 1974 auf eine günstige Gelegenheitsstruktur. Der von Bischof Samuel Ruiz initiierte Kongress bot nicht nur eine Plattform für die Vernetzung der bis dato lokal verankerten Kämpfe, sondern auch für die Außenartikulation indigener Forderungen (Kerkeling 2006: 67, 136). Bereits hier wurde die Forderung nach Autonomie geäußert, die später auch die EZLN aufgriff (Kastner 2007). Weitere wichtige Verbündete, welche die Bewegungsentstehung beeinflussten, waren dissidente Akademiker aus Zentralmexiko, geprägt durch das Massaker von Tlatelolco, die begannen politische Organisationen, zumeist maoistischer Ausrichtung aufzubauen (Dietz 2005: 76; Gerber 2005: 36-37). Anfang der 1980er Jahre hatten sich so verschiedene soziale Bewegungsorganisationen mit unterschiedlichen Taktiken etabliert, aber „die übergreifenden Entstehungsgründe und Ziele waren dieselben: Lösungen für die Landforderung zu finden, Raum für politische Partizipation zu gewinnen und die Lebensbedingungen der Angehörigen zu verbessern“ (González Esponda/Pólito Barrios 2000: 80).

Nachdem die zunächst ergriffenen Rechtsinitiativen¹⁷ meist folgenlos blieben, griff die Bewegung ab den 1980er zunehmend auf radikalere Methoden wie Straßensperren, Hungerstreiks und Landbesetzungen zurück (Kerkeling 2006: 138). Um die Interessen der Großgrundbesitzer zu wahren, wurde aber vor allem der völlig abgelegene lakandonische Urwald als Ventil für die Landforderungen genutzt, wo sich die Situation der Indigenen kaum verbesserte (Kerkeling 2006: 107-108). Proteste und Landbesetzungen wurden dagegen unter den Gouverneuren Absalón Castellanos (1982-1888) und Gonzalez Garrido (1988-1993) zunehmend mit brutaler Repression durch Polizei, Armee und *Guardias Blancas*¹⁸ beantwortet, wodurch sich die POS für die Bewegung verschlechterten. Zur Repression gehörten nicht nur die zwischen 1982 und 1988 registrierten 692 Festnahmen, 153 politischen Morde, sowie 503 Folterungen und Entführungen (González Esponda/Pólito Barrios 2000: 81). Unter González Garrido verschlechterten sich die Protestbedingungen zudem durch Klauseln im Strafgesetz,

17 So waren in den 80er Jahren 71.000 Anträge auf Land anhängig (González Esponda/Pólito Barrios 2000: 77).

18 Dt. Weiße Garden: Privatarmeen/Söldnergruppen der Großgrundbesitzer.

die zunehmend auch demonstrative Protestformen kriminalisierten, wodurch sich die radikale Opposition zur Klandestinität gezwungen sah (Kerkeling 2006: 147). Zum Wandel der Strategien im Zusammenspiel mit den POS schreibt Kerkeling (2006: 138):

„Das häufige Scheitern der Proteste, denen kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde, und der Aktivitäten auf dem Rechtsweg führten langsam zu einer erhöhten Akzeptanz von Mitteln der direkten Aktion und der eigenen Bewaffnung aus Gründen des Selbstschutzes“.

Radikalere Strategien erhielten zudem durch die neoliberalen Politiken Aufwind, welche besonders seit der Amtszeit von Salinas de Gortari entgegen der Bewegungsinteressen die *strains* verschärften (González Esponda/Pólito Barrios 2000: 81). Zwar wurden viele Bewegungsorganisationen durch die Repression und die Kooptationsversuche des Staates gespalten, geschwächt oder ganz zerschlagen, es blieben aber Verbindungen zwischen den Gemeinden, Organisationsreste und vor allem Erfahrungen bestehen. Zu den wichtigsten gehörte, dass regierungsunabhängige Organisation wichtig war, und dass prozedurale, demonstrative und gar konfrontative Protestformen wenig Wirkung gezeigt hatten (Gabbert 1997: 175; Gerber 2005: 39).

3.3.2 Politisierung des Ethnischen und die EZLN

Ab den frühen 1990er Jahren konstatiert Gunther Dietz (2005: 82) ein „ethnisches Erwachen“ in den indigenen Regionen Mexikos. Es entstanden vermehrt Organisationen, die eine ethnische Identität artikulieren und neben der Landforderung sich für kulturelle Anerkennung, politische und territoriale Autonomie einsetzen (Kerkeling 2006: 66,139). Verschiedene Faktoren beschleunigten den bereits zuvor begonnenen Prozess der „Ethnisierung des Politischen“ (Scheuzger 2009: 320, 321). Dazu gehörten unter anderem die im Rahmen des *Quinto Cenario*¹⁹ stattfindenden Gegenkampagnen und Diskussionsforen, welche die diskursive Bedeutung des indigenen Widerstands erhöhten und zu einer „Reindianisierung“ der Forderungen sozialer Organisation führten (Dietz 2005: 83-85). Aber auch der Angriff auf die kollektiven Landrechte mit der Änderung des Artikels 27 der Verfassung politisierte (Schön 2008: 107).

Diese Verfassungsänderung bedeutete nicht nur in dieser Hinsicht eine Verschlechterung der POS. Die Landverteilung wurde für beendet erklärt und das *ejido* abgeschafft. Damit wurde die Hoffnung Landloser oder Minderbemittelter Kleinbauern, ein Stück Land auf legale Weise zu erhalten, dauerhaft zerstört, was einen weiteren Radikalisierungsschub der Bewegung auslöste. Somit ist verständlich, dass die mit Waffen ausgestattete und partizipativ orga-

19 Feierlichkeiten anlässlich der „Entdeckung“ Amerikas vor 500 Jahren.

nisierter EZLN immer mehr Zulauf erhielt (Kerkeling 2006: 68, 147).

Obwohl diese bereits 1983 von einer Gruppe aus dem urbanen Linken Milieu mit einer guevaristischen Guerillakonzeption gegründet wurde, näherten sich die Guerrilleros erst nach Jahren der Isolation den indigenen Gemeinden an und legten ihr avantgardistisches Konzept ab. Nach einem wechselseitigen Austausch begann ihre Führung, sich entsprechend der Dorfstrukturen nach dem Prinzip des *mandar obedeciendo*²⁰ zu organisieren (Kerkeling 2006: 140-142). Für den Aufbau der organisatorischen Strukturen war die Abgeschiedenheit des lakanonischen Urwalds jenseits der Kooptations- und Kontrollmechanismen des Staates von zentraler Bedeutung (Gabbert 1997: 174-175). Als Bindeglied zwischen der Guerilla und den Unterstützungsbasen fungiert dabei das *Comité Clandestino Revolucionario Indígena – Comandancia General*²¹ (CCRI-CG). Die bewaffneten Einheiten unterstehen seinem militärischen Befehl, es setzt sich aber aus den Bewohnern der zivilen Basen zusammen und ist auch an die Entscheidungen dieser gebunden (Kerkeling 2006: 140-142). Da die Bewegung es so schaffte, die „Sprachen, Erfahrungen und Lebenswelten [der verschiedenen ethnischen Gruppen] gleichberechtigt“ (gruppe demontage 1998: 142-143) anzuerkennen, konnte sie trotz dieser kulturellen Heterogenität ihrer Basis zu einer Massenbewegung werden, die eine starke indigene Identität artikuliert, aber dabei auch einen klaren Klassenstandpunkt bezieht (Kastner 2007).

3.4 Forderungen

In Vorbereitung auf die ersten Friedensverhandlungen mit der Regierung konkretisierte die EZLN ihre zunächst sehr allgemein gehaltenen Forderungen nach „Arbeit, Land, Wohnraum, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden“ (CCRI-CG 1993). So forderte sie neben einer umfassenden Wahlrechtsreform und der Rücknahme der Änderungen des Verfassungsartikels 27, eine Autonomie für die verschiedenen indigenen Bevölkerungsgruppen in Mexiko, die im Folgenden genauer analysiert werden soll (Kerkeling 2006: 172).

Auf der politisch-administrativen Ebene zielt die Autonomieforderung nicht auf eine Sezession, sondern vielmehr auf eine Anerkennung der Differenz der indigenen Gruppen innerhalb des Nationalstaates, von dem sie bisher meist nur Ausgrenzung erfahren haben (Dietz 2005: 104). Aufgrund der bereits formell bestehenden individuellen Rechte, so wie der Gleichheit vor dem Gesetz, welche aber keine effektiven Partizipationschancen bietet, geht es

20 Dt.: gehorchend befehlen. Ähnlich dem in der europäischen Politiktheorie entwickeltem imperativen Mandat.

21 Dt.: Geheime Revolutionäre *Indígena*-Komitee – Generalkommandantur.

bei dieser Forderung um kollektive Rechte. „Autonomielösungen sollten gesetzlich gesicherte Räume selbstbestimmter Entwicklung schaffen“ (Scheuzger 2009: 333). Ein wesentlicher Bestandteil dieser soll sein, eigene soziale Organisationsformen zu bewahren, zu etablieren und zu stärken nach denen Autoritäten bestimmt werden können (Kerkeling 2006: 179).

Mit dem „ethnischen Erwachen“ Anfang der 1990er Jahre wurde zudem die Forderung nach eigenen Territorien laut, die auch von den Zapatistas aufgenommen wurde. Begründet wird dies meist mit der vorkolonialen Ursprünglichkeit und der kollektiven Beziehung der *Indígenas* zu ihrer Umwelt, die ein bedeutender Bestandteil des kulturellen Selbstverständnisses sei (Scheuzger 2005: 329). So beinhaltet die Autonomieforderung auf dieser territorialen Ebene die selbstbestimmte Kontrolle der natürlichen Ressourcen, wie Wasser, Holz und Kohlenwasserstoffe, zu der auch die überregionale Koordination von Gemeinden und Landkreisen nötig sein kann (Dietz 2005: 102). In Anbetracht der seit den 1980er Jahren eingeleiteten neoliberalen Politiken wird die Brisanz dieser Forderungen deutlich: Die Privatisierungspolitik, nicht zuletzt durch die Änderung des Artikels 27, zielt darauf ab Unternehmen immer bessere Zugangsmöglichkeiten zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen von Chiapas und ganz Mexiko zu bieten. Die territoriale Autonomie steht dem diametral entgegen (Kastner 2007; Dietz 2005: 102).

Zum anderen stört aber auch die politisch-administrative Ebene der Autonomie die üblichen Abläufe des politischen Systems. Die administrative Organisation von Bevölkerungsteilen, unabhängig von den Parteien, würde deren Monopolstellung gefährden und die autonomen Verwaltungseinheiten der bewährten Kontrolle des korporativen Staatsapparates entziehen. Dies würde die übliche autoritäre Durchsetzung von *policies* erschweren oder unmöglich machen (Kerkeling 2006: 196-197). Vor diesem Hintergrund und besonders in Anbetracht des vom nationalen Wirtschaftsverbandes vorangetriebenen Modernisierungsprojekts „Plan-Puebla-Panamá“²² im Süden des Landes, stößt die Autonomie-Forderung auf diametrale Interessensgegensätze bei den Eliten und hat *high-profile* Charakter (Kastner 2007).

3.5 Strategien und Aktionen

3.5.1 Die bewaffnete Erhebung

„Wir als Zapatistische Befreiungsarmee haben immer wieder betont, daß wir den bewaffneten Kampf aufgenommen haben, weil wir die Fruchtlosigkeit eingesehen haben, mit friedlichen Mitteln gegen die Regierung zu kämpfen. Denn sie hat uns gar nicht angehört und ist nicht auf unsere Bedürfnisse und Forderungen eingegangen. Es blieb uns keine andere Möglichkeit, als

22 Dazu ausführlicher: Kerkeling 2006: 87-95.

uns zu organisieren und die Waffen zu erheben. So haben wir am 1. Januar 1994 den bewaffneten Kampf aufgenommen. Wir glauben, daß uns die Regierung zumindest so zuhört“ (Holst 1997).

Dieses Zitat eines Aktivisten fasst die dargelegten Aspekte zusammen und illustriert, warum die Bewegung die bewaffnete Erhebung als „letztes, aber gerechtes Mittel“ (CCRI-CG 1993) beschloss, für deren Beginn sie das symbolträchtige Datum des Inkrafttretens des NAFTA-Abkommens wählten.

So trat die EZLN in der ersten Januarnacht 1994 erstmals in Erscheinung als vier- bis fünftausend verummte überwiegend indigene Kämpfer die Bezirkshauptstädte im Osten von Chiapas besetzten, Verwaltungsräume stürmten und Urkunden über Landbesitz und andere Dokumente vernichteten. Die Regierung antwortete in ihren Reaktionsroutinen mit Repression und militarisierte das Gebiet mit über 17.000 neuen Soldaten. Obwohl auch bald uneindeutige Verhandlungsangebote an die Aufständischen gerichtet wurden, wurden die Truppen permanent aufgerüstet und Kampfhubschrauber und -flugzeuge entsandt. Trotz der ebenfalls repressiven Pressepolitik wurden in Ocosingo Massenerschießungen von über 100 Menschen aus der Guerilla, aber auch aus der Zivilbevölkerung dokumentiert. Aufgrund der anhaltenden öffentlichen Aufmerksamkeit durch Solidaritätsbekundungen in Mexiko und Europa, sowie durch die Arbeit der Kirche die von 400 bis 1000 Todesopfern sprach, geriet die mexikanische Regierung zunehmend unter Druck und verkündete nach 12 Tagen Gefechten mit der EZLN am 12. Januar 1994 einer Feuerpause. Auch die EZLN entschied sich zur Einstellung der bewaffneten Kämpfe, um den Weg für den Dialog öffnen. Aber nur unter der Voraussetzung, dass öffentlich verhandelt werde und dass die EZLN ihre Waffen behalten werde (Kerkeling 2006: 160-168).

3.5.2 Übergang zum politischen Kampf

Im Februar 1994 kam es nach Friedensgesprächen zu einem Abkommen der Konfliktparteien, das von der zapatistischen Basis allerdings abgelehnt wurde, da die Kernforderungen nur ungenügend berücksichtigt wurden (Kerkeling 2006: 173). Dennoch sprach sich die zapatistische Basis gegen eine Wiederaufnahme der bewaffneten Auseinandersetzungen aus, sodass die EZLN im Folgenden zum politischen Kampf im Dialog mit der Zivilgesellschaft überging (CCRI-CG 1994).

So wurden bereits im August 1994 über 1,3 Millionen Menschen mobilisiert, um in einer eigenständig organisierten Befragung ihre Unterstützung für die Forderungen der EZLN zu zeigen. Auch im Rahmen des Marsches der 1.111 Zapatistas nach Mexiko Stadt im Jahre

1997 nahmen mehrere zehntausend Menschen an den Kundgebungen in den südlichen Bundesstaaten Oaxaca, Morelos und Puebla teil, bevor der Marsch von 100.000 Menschen in der Hauptstadt empfangen wurde. Noch größere Unterstützung fand der Anfang 2001 organisierte „Marsch für die indigene Würde“. Pro Tag gab es mehrere Kundgebungen mit jeweils 3.000 bis 40.000 oft begeisterten Teilnehmern und in Mexiko Stadt empfangen etwa 200.000 Menschen die Karawane (Kerkeling 2006: 204-214).

Auch wenn die EZLN ihre Einheiten nie demobilisiert oder ihre Waffen abgegeben hat, hält sie sich bis heute an den Waffenstillstand und führt ausschließlich einen politischen Kampf. Dieser zeichnet sich nicht nur durch die oben dargestellten sehr öffentlichkeitswirksamen demonstrativen Protestformen aus. Zentral sind auch die direkten Aktionen, meist konfrontativer Form, im Einflussgebiet in Chiapas, zu denen Landbesetzungen und der Ausbau autonomer Verwaltungsstrukturen gehören (Kerkeling 2006: 174-183). Als zentrale *outcomes* werden diese im folgenden Kapitel behandelt.

3.6 Outcomes

3.6.1 Die Abkommen von San Andrés

Nach dem Scheitern der ersten Verhandlungen, kam es im Mai 1995 zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen EZLN und Regierung in der Stadt San Andrés Larráinzar. Die Aufständischen luden nicht nur Vertreter weiterer *Indígena*-Organisationen aus ganz Mexiko zur Beratung ein, sondern auch Gewerkschafts- und Menschenrechtsaktivisten, sowie Wissenschaftler und Jurist (Hernández Navarro 2000: 185). Von Regierungsseite wurden die Verhandlungen auf den Punkt „Indigene Rechte und Kultur“ beschränkt, obwohl die zapatistischen Delegierten auch die Bereiche „Demokratie und Gerechtigkeit“, „Wohlstand und Freiheit“ und „Rechte der Frauen“ behandeln wollten. Trotzdem wurde durch die Verhandlungen bereits ein *ad hoc procedural impact* erreicht, da die zapatistischen Delegierten als legitime Vertreter der Autonomieforderung anerkannt wurden und diese nun erstmals direkt mit Exekutiv- und Legislativvertretern diskutieren konnten (Kerkeling 2006: 193-194).

Verständlich wird dies nach Kolbs (2007) Einteilung durch den *disruption mechanism*, da der bewaffnete Aufstand den sozialen Frieden störte und die EZLN so eine Machtressource erlangte, mit der sie der Regierung Zugeständnisse abringen konnte. Zudem trug auch der *public preference mechanism* dazu bei, da der enorme Zuspruch zu den zapatistischen Forderungen auf nationaler wie internationaler Ebene, die Position der Regierung erheblich schwächte. Nach einem schweren Prozess wurden schließlich am 16. Februar 1996 von den *Comisión de*

Concordia y Pazificación (COCOPA)²³, den Regierungsvertretern und den zapatistischen Delegierten die Abkommen von San Andrés über indigene Rechte, Kultur und Autonomie unterzeichnet (Kerkeling 2006: 193). In diesen wurden zentrale Ziele der zapatistischen Bewegung, sowie der gesamten unabhängigen indigenen Bewegung verankert. Das Recht auf Autonomie der indigenen Bevölkerung sollte zukünftig in der Verfassung festgeschrieben werden und über entsprechende Gesetze realisiert werden. Es wird aufgefasst als „Recht über die interne Regierungsform sowie die Art und Weise der politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Organisation selbst zu entscheiden“ (Hernández Navarro 2000: 183). Dazu sollen die indigenen Gemeinden zu kollektiven Rechtssubjekten werden und über die Nutzung eigener Territorien, inklusive natürlicher Ressourcen und Biodiversität, selbst entscheiden können (Kerkeling 2006: 193). Aus dieser (zunächst) äußerst ertragreichen Zusammenarbeit bildete sich im Anschluss an die Verhandlungen der *Congreso Nacional Indígena*²⁴ (CNI). Als bedeutendstes Forum des Großteils der 56 mexikanischen *Indígena*-Gruppen setzt er sich bis heute für die Durchsetzung der Abkommen von San Andrés de Larraizar ein (Hernández Navarro 2000: 186).

Zwar erarbeitete die parlamentarische Kommission (COCOPA) auf Grundlage der Abkommen Gesetzesvorschläge, deren Umsetzung bleibt aber bis heute aus. Der von der Zedillo-Regierung erarbeitete Vorschlag wich so wesentlich von den Vereinbarungen ab, dass die EZLN – ebenfalls vor dem Hintergrund der forcierten Repression in Chiapas – den Kontakt mit der Regierung abbrach (Hernández Navarro 2000: 191; Dietz 2005: 108). Anfang 2001 kam es wieder zu einer kurzen Kontaktaufnahme mit der Regierung des neu gewählten Präsidenten Fox von der PAN. Auf seine Initiative wurde im April 2001 zwar ein *Ley Indígena* verabschiedet, welches die Autonomie der indigenen Gemeinden zusichert, jedoch ohne sie als Rechtssubjekte anzuerkennen. Da ebenso die Kontrolle über die Bodenschätze eingeschränkt ist und die konkrete Umsetzung innerhalb der Bundesstaaten und nicht auf föderaler Ebene erfolgen soll, wird diese verwässerte Umsetzung der San Andrés Abkommen nicht nur von der EZLN abgelehnt, sondern auch vom gesamten CNI, dem wichtigsten nationalen Vertreter indigener Gruppen in Mexiko (Kerkeling 2006: 194-195).

Zwar wurde Mexiko durch eine Verfassungsänderung zu einem plurikulturellen Staat, die den indigenen Gruppen nun zugestanden Rechte bleiben aber sogar hinter der Konvention 169 zurück, die Mexiko bereits 1991 unterzeichnet hatte (Dietz 2005: 109). Unter Berufung auf diese Konvention klagten 332 Landkreise vor dem obersten Gerichtshof gegen das

23 Die „Kommission für Vermittlung und Frieden“ vertrat die mexikanische Legislative.

24 Dt.: Nationaler indigener Kongress.

Gesetz. Doch dieser erklärte das verwässerte *Ley Indígena* für rechtens und wies die Klagen zurück (Schmidt 2002). Aus Sicht von Indígena- und Menschenrechtsorganisationen ist nun „der legale Weg erschöpft. Die Türen des mexikanischen Staates, haben sich für die indigenen Völker verschlossen“ (Servicios del Pueblo Mixe et al. 2002).

3.5.2 Der Aufbau von De-facto-Autonomie außerhalb staatlicher Strukturen

In Anbetracht dieser extremen Geschlossenheit der politischen Institutionen, ging die unabhängige *Indígena*-Bewegung Mexikos, die mit dem Aufstand der EZLN 1994 einen neuen Impuls bekam und in der CNI ihren organisatorischen Ausdruck fand, von prozeduralen und demonstrativen Protestformen, wieder verstärkt zu konfrontativen Strategien über. Dazu gehört der nun von verschiedenen Gemeinden und Ethnien eingeschlagene Weg des Auf- bzw. Ausbaus von autonomen Strukturen, unabhängig von der Gesetzeslage, nach dem Vorbild der zapatistischen Strukturen, die im Folgenden erläutert werden.

Im Zuge des Aufstands im Januar 1994 wurde im zapatistischen Einflussgebiet begonnen, eine De-facto-Autonomie umzusetzen. Mit Besetzungen der Verwaltungsstellen wurden die offiziellen Autoritäten der PRI für abgesetzt erklärt und eine oppositionelle Administration gebildet, welche die jeweiligen Dörfer als autonom ausrief. Intern wurden nach den jeweiligen Bräuchen demokratisch „Autoritäten in Rebellion“ bestimmt, die „gehorchend befehlen“ und die „Revolutionären Gesetze“ der EZLN umsetzen sollen. Dies betrifft vor allem die Landaufteilung zugunsten von Kollektivarbeit, die Umleitung von Gewinnen in die eigene Entwicklung und den Aufbau von unabhängigen Schulen, Bibliotheken, medizinischen Zentren etc. (Dietz 2005: 104).

Doch die zapatistischen Autonomiebestrebungen machten nicht auf der Gemeindeebene halt. In der Nacht zum 19. Dezember 1994 besetzten über 1000 Kämpfer der EZLN symbolisch und friedlich die Zentren von 38 Landkreisen in Chiapas. Sie wurden umbenannt und oft auch geographisch neu eingeteilt, zumal die von der Regierung gebildeten Strukturen oft nicht mit den lokalen Gegebenheiten korrespondierten (Kerkeling 2006: 182, 183).

Sogar fünf überregionale Selbstverwaltungseinheiten konnten die Zapatistas schaffen, die zunächst als *Aguascalientes* bezeichnet wurden. Im August 2003 wurden diese feierlich in *Caracoles* (dt. Schneckenhäuser) umbenannt, wodurch die seit 1994 praktizierte De-facto-Autonomie auf einem neuen Niveau etabliert wurde. Die nun in den fünf *Caracoles* ansässigen *Juntas de Buen Gobierno*²⁵ sind für die überregionale Koordinierung, Außenkommunikation und eine ausgewogene Entwicklung zwischen den Regionen zuständig. Sie werden aus Ange-

²⁵ Die „Räte der guten Regierung“ gaben sich das Attribut „gut“ in Abgrenzung zur „schlecht“ wahrgenommenen offiziellen Regierung.

hörigen der jeweiligen autonomen Landkreise gebildet, von Vollversammlungen in den Gemeinden gewählt und unterliegen dem zapatistischen Prinzip des gehorchenden Befehls. In den *Caracoles* befinden sich zudem höhere Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser, die auch nicht-Zapatisten offen stehen (Marcos 2003: 191-196).

Dabei betont der Sprecher der EZLN, Subcomandante Marcos, dass die Selbstregierung keine „Erfindung oder ein Beitrag der EZLN [ist]“ (Marcos 2003: 184). Die Zapatistas organisierten die Selbstverwaltung nur effektiver und bauten sie über die lokale Ebene hinaus aus. Mit der Gründung der *Caracoles* wurden diese Strukturen gefestigt. Wichtige Zuständigkeiten, wie Rechtssprechung, Gesundheitsfürsorge, Schulbildung, Wohnung und Landfrage verbleiben aber auf der Ebene der autonomen Landkreise (Kerkeling 2006: 243).

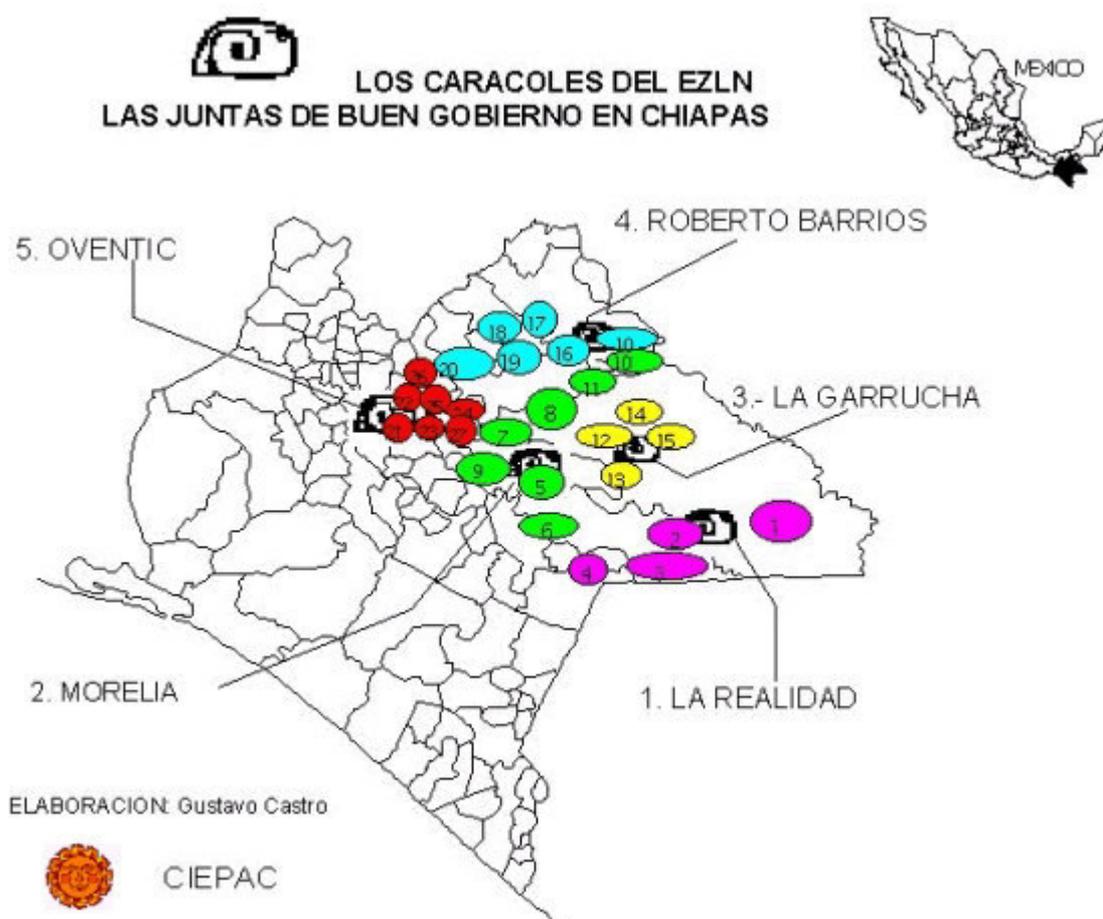


Abb. 2: Die *Caracoles* der EZLN und ihre zugehörigen Landkreise (Ciepac 2003).

Der Ausbau der selbst erkämpften De-facto-Autonomie kann auch als Antwort auf die verwässerte Umsetzung der Abkommen von San Andrés und das Scheitern der Klage vor dem obersten Gerichtshof gesehen werden. Doch nicht erst seitdem setzen auch weitere marginalisierte Gemeinden auf Aufbau von De-facto-Autonomie. Nach dem Vorbild der Errungenschaften in Chiapas wurde im Dezember 1995 ein autonomer Zusammenschluss von 30 Dör-

fern im Bundesstaat Guerrero ausgerufen. Der Zusammenschluss *Rancho Nuevo de Democracia* ging auch aus einer Besetzung hervor und lehnt nun ebenso wie die zapatistischen Gemeinden staatliche Hilfe ab und will sich stattdessen selbst, um den Ausbau von medizinischen Zentren, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen kümmern. Die Forderung nach dem Bau dieser in dem marginalisierten Gebiet blieb von der Regierung ungehört (Kron 1999).

Nach dem Gerichtsurteil begannen weitere Gemeinden mit dem Auf- und Ausbau einer De-facto-Autonomie nach zapatistischem Vorbild. Am 01. Januar 2005 verkündeten sechs Gemeinden im Bundesstaat Michoacán, deren Protagonisten im CNI organisiert sind, ihren Zusammenschluss in dem autonomen Landkreis „Nurio“. Man wolle mit dem Aufbau von Parallelstrukturen beginnen, da die bisherigen Institutionen nur die Gemeinden „geplündert“ hätten statt sie zu unterstützen. Ein direkt von den Gemeinden gewählter, kollektiv entscheidender Rat solle dies ändern. Die Bundesstaats-Regierungen der sozialdemokratischen PRD tolerierten das Autonomieprojekt bisher (Gruppe B.A.S.T.A. 2005).

Im weiterhin von der PRI regierten Bundesstaat Oaxaca scheiterte die Etablierung des am 01. Januar 2007 ausgerufenen autonomen indigenen Bezirks „San Juan Copola“. Der Versuch sich mit der De-facto-Autonomie aus den alten Machtstrukturen zu lösen wurde hier mit so massivem paramilitärischem Terror beantwortet, dass die vergleichsweise geringe Anzahl Aufständischer sich im September 2010 entschloss, das Gebiet zu verlassen (Gerber 2010; Clausing 2012).

Dort wo es gelingt, „praktizieren die autonomen Landkreise und Gemeinden so die Abkommen von San Andrés über indigene Selbstverwaltung, die [...] von Regierungsseite jedoch nie umgesetzt wurden“ (Kerkeling 2006: 191). Diese Versuche bedeuten für die Gemeindeglieder aber erhebliche Belastungen: Zum einen provozieren sie oft starke Repression, wie das Beispiel aus Oaxaca zeigt. Zum anderen sind die Gemeinden dadurch keineswegs finanziell besser gestellt. Aber die partizipativen Strukturen ermöglichen erstmals eine Mitbestimmung über die eigene Entwicklung, was angesichts der historischen Unterordnungs- und Ausgrenzungsmechanismen starke Bedeutung hat. In Chiapas wurde mit den autonomen Strukturen eine soziale Alternative geschaffen, die über autonome Schulen, Krankenhäuser und Rechtsprechung auch reale Verbesserungen bedeuten kann und weitere Autonomie-Projekte inspirierte (Kerkeling 2006: 189).

4. Die indigene Bewegung in Ostbolivien

Um zu verdeutlichen, wie sich die POS auf die Strategie und die *outcomes* von SB auswirken wird im Folgenden die indigene Bewegung in Ostbolivien betrachtet. Sie entstand in ähnlichen *structural strains* und stellt auch die Forderung nach indigener Autonomie, fand aber verschiedene Zugänge, um auf institutionellem Wege dafür zu kämpfen.

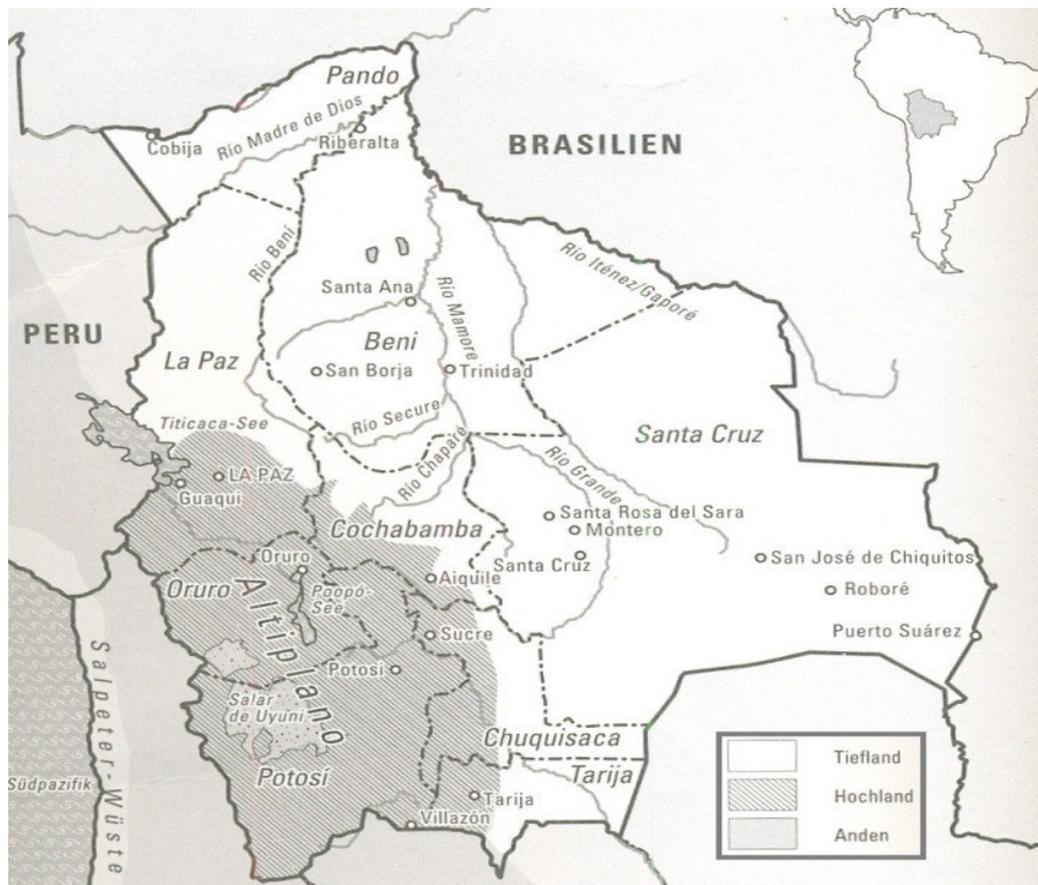


Abb. 3: Boliviens Hoch- und Tiefland (Lessmann 2010: Buchumschlag)

4.1 Structural strains

4.1.1 Agrarstruktur

Das östliche Tiefland des heutigen Boliviens blieb auch nach der Gründung des Staates im Jahre 1825 weitgehend außerhalb dessen Einflussphäre und abgesehen von der Stadt Santa Cruz ein kaum erschlossenes Gebiet (Chávez 2011: 41-43). Das änderte sich drastisch mit dem Kautschukboom zwischen 1880 und 1915. Aufgrund der hohen internationalen Nachfrage begannen private Unternehmer begünstigt durch ein Landkonzessionsgesetz in die von Indigenen bewohnten Wälder und Gebiete vorzudringen. Sie beanspruchten diese für sich und zwangen die indigenen Gruppen zur Arbeit unter unmenschlichen Bedingungen in der Kautschukproduktion. Ähnlich wie im mexikanischen Fall bildete die antizipierte nicht-monetäre Vergütung der Arbeit den wichtigsten Mechanismus zu Schuldknechtschaft und zur Wahrung

der Abhängigkeit (Herrera 2005: 23-24). Aufgrund der Abwesenheit des Zentralstaats bildete sich auch hier eine unabhängige lokale Oligarchie von Kautschuk-Unternehmern und Großgrundbesitzern. Auch nach dem Ende des Kautschukboom blieben diese *Haciendas*²⁶ als zentrale Produktionseinheit der Region erhalten. Sie definierten die sozialen und politischen Beziehungen und sicherten die regionale Hegemonie der Oligarchie (Isidoro Losada 2009: 97; Chávez 2011: 44-46).

Im Zuge der nationalen Revolution von 1952/53 kam es zwar zur Verabschiedung eines Landreform-Dekrets, welches auch die Schuldknechtschaft offiziell beendete (Lessmann 2010: 88; Kaltmeier 2009: 345). Dieses wurde aber von der bäuerlich-indigenen Bewegung im Hochland erwirkt, wo die *Haciendas* zerschlagen und unter den organisierten Landarbeitern aufgeteilt wurden, allerdings ohne kollektive Besitzformen zu schaffen. Im Tiefland entstand dagegen mit dem Latifundismus eine neue Form des Großgrundbesitzes (Isidoro Losada 2009: 99). Mittels ihrer sogenannten Modernisierungspolitik förderte die Regierung dort Großunternehmen, indem z.B. Staatsland vergeben oder günstigst verkauft wurde, sodass sich Viehzucht und auf Monokulturen basierende Agrounternehmen ausbreiteten (Ströbele-Gregor 2009: 145). Man wollte so eine moderne ertragreiche Flächenbewirtschaftung mit lohnabhängigen Arbeitern schaffen. Die indigenen Gruppen des Tieflands bildeten keine organisierte politische Kraft, sodass die Interessen dieser „Wilden“ von den postrevolutionären Regierungen nicht wahrgenommen wurden (Isidoro Losada 2009: 99).

Neben dem Großgrundbesitz bedrohten bald auch Binnenmigranten die Territorien der Indigenen im Tiefland. Im Angesicht von demographischem Druck und Landmangel migrierten viele Landarbeiter aus dem Hochland, die aus den Arbeitsbeziehungen der traditionellen *Hacienda* freigesetzt wurden, in die Tropen und Subtropen. Hier versprachen staatliche Kolonialisierungsprogramme Land und ein besseres Leben (Ströbele-Gregor 2009: 146, Chávez 2011: 48). Von der Landvergabe im Tiefland profitierten aber primär Großgrundbesitzer. Besonders während der Militärdiktaturen der 1970er Jahre wurden Ländereien im Gegenzug für Loyalität verschenkt (Lessmann 2010: 158). Allein während der Herrschaft des aus Santa Cruz stammenden Generals Hugo Banzer (1971-78) wurden mit 18 Millionen Hektar 51% der gesamten zwischen 1953 und 1993 verteilten Ländereien vergeben (Chávez 2011: 49). Basierend auf diesen Besitztümern konsolidierte sich die Elite des östlichen Tieflands – vor allem in Santa Cruz – und wurde zu einem der bedeutendsten politischen und wirtschaftlichen Akteure mit wichtigen Anteilen im Medien- und Bankensektor und einflussreichen Posten in Po-

26 Hierarchisch organisierter Großgrundbesitz mit starkem Abhängigkeitsverhältnis zwischen Arbeitern und Besitzer.

litik und Lobbyverbänden. Nach gängigen Schätzungen sind 90% der Ländereien im Tiefland in Besitz von 100 Familienclans, wobei die Landnahme auch oft gewaltsam erfolgte und keine legalen Papiere vorliegen. Der Besitz von allein 15 Familien wird auf 500.000 Hektar geschätzt (Lessmann 2010: 158-159).

Mit dieser Landnahme ging oftmals die Vertreibung indigener Gruppen von ihren Ländereien einher. Viele sahen sich zur Arbeit auf den Latifundien gezwungen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dadurch wurden sie unter Umgehung von Arbeitsrechtsbestimmungen in extreme Ausbeutungsverhältnisse, wie Schuldknechtschaft oder Sklaven-ähnliche Zustände getrieben, die erst in den 1990er Jahren ans Licht der Öffentlichkeit gerieten (Ströbele-Gregor 2009: 145, 146).

4.1.2 Diskriminierung und Armut

Laut dem Census 2002 bezeichnen sich 65% der Bevölkerung in Bolivien als Angehörige einer indigenen Gruppe, unabhängige Schätzungen beziffern über 70% als Indigene, wobei die Tieflandethnien ca. 7% ausmachen (Ströbele-Gregor 2006: 284-285; Ernst 2009: 127). Dennoch blieben die Indigenen nicht nur während der Kolonialzeit von gesellschaftlicher Macht und Teilhabe ausgeschlossen. Auch in der unabhängigen Republik rechtfertigten sozialdarwinistische Diskurse Unterdrückung und Landraub der indigenen Bevölkerung (Lessmann 2010: 75-78).

Mit der Nationalen Revolution von 1952/53 wurde genau wie in Mexiko eine integrationalistische *Indigenismo*-Politik betrieben. Mit der versprochenen Gleichheit aller Bürger wurde diskursiv aus dem *Indio* der *Campesino* (Kaltmeier 2009: 347). Im postrevolutionären Nationalstaat wurden so weder indigene Sprachen oder Territorialrechte noch indigene Organisationsformen, Autoritäten oder die Anwendung von Gewohnheitsrecht in indigenen Gemeinden offiziell anerkannt, da diese Elemente indigener Kultur in der *Mestizaje* der Bevölkerung verschwinden sollten (Albó 2005: 20-30). Aufgrund des bis 2004 herrschenden Partei-monopols waren direkt von indigenen Gruppen aufgestellte Kandidaten ohne diese Organisationsform nicht zu Wahlen zugelassen (Jost 2008: 97). So fanden Indigene bis in die 1990er Jahre keine Repräsentation auf höheren politischen Ebenen (Albó 2005: 30). Marxa Chávez (2008: 55) konstatiert dem Staat einen kolonialen Charakter, da er nur die eine, nationale Kultur postuliert und damit politische Organisationsformen ausschließt, die nicht der bürgerlichen Demokratie entsprechen.

Diese kulturelle Diskriminierung tritt ebenso in sozio-ökonomischer Hinsicht zu Tage. Alle Indikatoren sozialer Ungleichheit weisen ethnische Dimensionen auf: 69,3% der Indige-

nen lebten 2002 in extremer Armut, während von der nicht-indigenen Bevölkerung 52,5% betroffen waren. Auch in Bezug auf Lohnniveau, Analphabetenrate und Mortalitätsindex ergeben sich markante Unterschiede (Ernst 2009: 128-135).

Hier spiegelt sich ein Alltagsrassismus wider, der im östlichen Tiefland, speziell in Santa Cruz, wohl am deutlichsten wird. Auch wenn er sich meist gegen die Migranten aus dem Hochland richtet (*collas*), werden die „einheimischen“ indigenen Gruppen genauso abwertend behandelt. Sie sind letztendlich auch gemeint, wenn sich der Rassismus gewaltsam entlädt und das Massaker von Porvenir am 9. September 2008 an 18 indigen geprägten *Campesinos* begleitet wird von Aussagen, wie „los odio maldita raza²⁷“ (Chavez 2011: 76).

4.1.3 Neoliberale Politiken

Genau wie in Mexiko löste in Bolivien in den 1980er Jahren eine neoliberale „Modernisierung“ das bisherige Gesellschaftsmodell des Starken Staates mit integrationistischem Anspruch ab. Die ab 1985 eingeleiteten Sparmaßnahmen, sowie Deregulierung und Liberalisierung waren mit erheblichen sozialen Kosten verbunden, von denen besonders die ärmeren Schichten betroffen waren (Ströbele-Gregor 2006: 298-299).

Im östlichen Tiefland war die neoliberale Wende vor allem mit der Ausbreitung des Sojaanbaus verbunden. Mit der anfänglichen Förderung der Weltbank vergrößerte sich die dafür verwendete Fläche bis 2005 stets (Chávez 2011: 49-50). Die im Rahmen des Förderprojektes vergebenen Kredite in Milliardenhöhe waren aber nur Großunternehmen und Agroindustrie zugänglich, während der Druck auf das Land der indigenen Gruppen zunehmend erhöht wurde (Isidoro Losada 2009: 100). Mittlerweile nimmt die Sojaproduktion über die Hälfte der kultivierten Ländereien im Tiefland ein (Chávez 2011: 50). Allerdings waren die Produktionssteigerungen bisher vor allem an eine Ausdehnung der bewirtschafteten Fläche gebunden, was zu schweren Umweltschäden und Landkonflikten in bisher unbekanntem Ausmaß führte (Soruco 2008: 74-76).

Diese wurden zusätzlich durch die neoliberalen Maßnahmen verschärft, da mit der Schließung des staatlichen Bergbaubetriebes und Kündigungen im öffentlichen Sektor fast 50.000 Beschäftigte aus ihren Arbeitsverhältnissen freigesetzt wurden. Ebenso wie zahlreiche Kleinbauern, deren Produktion in der liberalisierten Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig war, zogen viele von ihnen auf der Suche nach alternativen Einkommensmöglichkeiten in die Tieflandregionen (Isidoro Losada 2009: 100).

27 Dt.: Ich hasse euch verdammte Rasse.

4.2 Politisches System

Nach der Revolution von 1952/53 gelang es der Revolutionspartei *Movimiento Nacionalista Revolucionario*²⁸ (MNR) trotz ihrer Nähe zu dem Gewerkschaftsbund COB nie ein „hinter einer demokratischen Fassade operierendes Einparteiensystem“ (Malloy 1988 zitiert nach Jost 2008: 87), wie in Mexiko zu schaffen. Sie scheiterte selbst als Regierungspartei an internen Auseinandersetzungen und persönlichen Ambitionen, wodurch die Politik 18 Jahre lang von verschiedenen Militärregierungen bestimmt wurde. Nach der Redemokratisierung 1982 entschied sich die MNR zusammen mit der rechtsgerichteten Partei *Acción Democrática Nacionalista*²⁹ (ADN) und der links gestellten *Movimiento de Izquierda Revolucionaria*³⁰ (MIR) zur Gewährleistung der Regierbarkeit des Landes für eine paktierte Demokratie (Lessmann 2010: 91, 98). Doch diese geriet zunehmend in eine Legitimationskrise, die spätestens mit der Stillstand-Politik der Megakoalition unter dem Ex-Diktator Hugo Banzer (1997-2001) offensichtlich wurde. Sie schuf Raum für neue Parteien und soziale Bewegungen (Lessmann 2010: 106-109).

Der auf fünf Jahre gewählte Präsident ist gleichzeitig Staats- und Regierungschef. Seine Machtbefugnisse sind wesentlich eingeschränkter als die des mexikanischen, sodass hier von einem „moderaten Präidentialismus“ gesprochen wird. Zwar hat der Präsident sowohl weitreichende Exekutiv- und Repräsentationskompetenzen, als auch eine Gesetzgebungsinitiative, aber nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Dekretserlassung und kein Recht das Parlament aufzulösen. Ebenso kann das Parlament das präsidentiale Vetorecht überwinden (Jost 2008: 90-91). Der Präsident ernennt und entlässt zwar die Minister, jedoch kann das Parlament sie per Misstrauensantrag des Amtes entheben. Es ist ebenso für die Wahl der Judikativen und des Staats- und Vizepräsidenten zuständig, sofern in der Direktwahl keine absolute Mehrheit erzielt wurde. Die Abgeordnetenkammer hat zudem Entscheidungsbefugnisse bei den Entwicklungsplänen, bei den Verträgen über die Ausbeutung der Bodenschätze und beim Haushalt. Reformierungen der Geschäftsordnungen in den 1990er Jahren verliehen zudem der Opposition mehr Bedeutung, insbesondere bei der Besetzung von Ausschüssen und Arbeitsgruppen (Jost 2008: 93-94). Jedoch herrschten in Bolivien bis weit in die 1990er Jahre „insgesamt schwache Demokratische Strukturen, eine bürgerferne, schlecht funktionierende Rechtsstaatlichkeit und Umsetzung der Bürgerrechte für alle – insbesondere für Arme, für Indigene, für Frauen in den *comunidades*³¹“ (Ströbele-Gregor 2006: 301), sodass besonders die letztge-

28 Dt.: Nationalistische Revolutionäre Bewegung.

29 Dt.: Nationalistische Demokratische Aktion.

30 Dt.: Movimiento de Izquierda Revolucionaria.

31 Dt.: Gemeinden.

nannten Gruppen kaum Zugangsmöglichkeiten zum politischen System hatten.

Dies begann sich mit dem *Ley de Participación Popular*³² (LPP), welches 1994 verabschiedet wurde, zu verändern (Grey Postero 2005: 66). Es wurden erstmals 311 Landkreise (*municipios*) geschaffen, die neben zahlreichen Kompetenzen, wie öffentliche Arbeiten, Schulen, Hospitäler und einem eigenen Haushalt (20% des nationalen Haushalts) auch den Status einer juristischen Person erhielten (Lessmann 2010: 103). Zwar wurden zunächst nur Parteien zu den Kommunalwahlen zugelassen, sodass der nationale *Campesino*-Verband kritisierte, dass der Einfluss von Bauern- und *Indígena*-Organisationen zurückgedrängt werden sollte, um das Parteienmonopol zu stärken (Ströbele-Gregor 2006: 302). Auch die 20.000 neu geschaffenen *Organizaciones Territoriales de Base*³³ (OTB) mussten sich trotz ihres Status als Rechtspersonen Parteien für die Repräsentation ihrer Interessen suchen (Lessmann 2010: 103; Ströbele-Gregor 2006: 302). Jedoch eröffnete das LPP mehr Zugangsmöglichkeiten zu politischen Institutionen, wie Kontrollinstanzen und bot Anknüpfungspunkte für die Forderung nach indigener Autonomie (Grey Postero 2005: 72).

Zwar sind Militäreinsätze gegen Proteste auch in Bolivien besonders während der Diktaturen und vor allem auch in der Kokapolitik ab den 1990er Jahren keine Seltenheit, jedoch scheinen sie in der politischen Kultur der Eliten nicht so stark verankert wie in Mexiko. Zum anderen sehen sich die ohnehin schwachen Parteien oft so vielen Konfliktherden gleichzeitig ausgesetzt, dass Proteste, die keinen *high-profile* Charakter haben eher mit inklusiven Strategien befriedet werden, um sich die Gefolgschaft bestimmter Gruppen zu sichern (Lessmann 2010: 94, 113).

Mit einem schwächeren Staat, gespaltenen Eliten und weniger exklusiven Reaktionsroutinen gestalten sich die POS für SB also wesentlich offener als in Mexiko.

4.3 Entstehung der CIDOB

Über einen langen Zeitraum reagierten die im östlichen Tiefland ansässigen indigenen Gruppen auf die oben dargestellte Landnahme mit Rückzug, bevor sie in den 1980er Jahren begannen sich zu organisieren (Ströbele-Gregor 2009: 146). Mit Unterstützung von der katholischen Kirche, NGOs und Anthropologen entstand 1982 nach verschiedenen Treffen zwischen Vertretern von fünf Ethnien die *Confederación de los Pueblos Indígenas de Bolivia*³⁴ (CIDOB) (Grey Postero 2005: 64; Chávez 2008: 53). Anfangs stellten die „historischen Feindse-

32 Dt.: Gesetz zur Bürgerbeteiligung.

33 Dt.: Territoriale Basisorganisationen.

34 Dt.: Dachverband der indigenen Völker Boliviens.

lichkeiten“ zwischen den ethnischen Gruppen zwar ein Hindernis dar, aber in der Notwendigkeit der Verteidigung ihrer Ländereien gegen Agrounternehmen und Binnenmigranten aus dem Hochland fanden sie ihr elementares gemeinsames Interesse, welches zudem den Grundstein zur Politisierung des Ethnischen legte (Schilling-Vacaflor/Schorr 2011: 251-253; Grey Postero 2005: 64). Neben der Präsenz von Verbündeten bildete auch das Ende der Militärregimes Anfang der 1980er Jahre eine günstige Gelegenheitsstruktur, da ab 1982 statt den mit der Großgrundbesitzer-Elite verbundenen Diktatoren, ein demokratisch gewählter Präsident regieren sollte (Lessmann 2010: 96-97, Albó 2005: 14). Mit der Etablierung des demokratischen Systems, ging auch die Errichtung einer institutionellen Struktur einher, die sich, wie unter 4.2 erläutert, wesentlich offener gestaltete als die mexikanische.

Während die POS also relativ günstig waren, verschärften sich mit der neoliberalen Wende die *structural strains* in Form von Landkonflikten im östlichen Tiefland derart, dass immer mehr Gruppen die Notwendigkeit gemeinsamer Organisationsformen zur Verteidigung ihrer Territorien sahen (Barbosa/Delgado 2011: 116). So schlossen sich bis Ende der 1980er Jahre die Mehrheit der indigenen Gruppen im Tiefland der CIDOB an, welche bis heute die wichtigste Dachorganisation der indigenen Bewegung im Tiefland ist. In den Gemeinden der 34 Ethnien leben über 300.000 Menschen als potenzielle soziale Basis. Um einen starken politischen Akteur zu bilden, wurde so zum einen der systematische Aufbau einer organisatorischen Struktur betrieben, welche die Gemeinden als Mobilisationsbasis sieht und die bestehenden lokalen Selbstverwaltungen mit ihren „Sitten und Gebräuchen“ achtet, fördert und auf regionalen und nationalen Ebenen zusammenführt (Garcia Linera et al. 2004: 218-221). Zum anderen erreichte die CIDOB eine „Rekategorisierung“ der zuvor negativ besetzten Kategorie *Indígena*, welche zum Identifikationspunkt eines subalternen multiethnischen Kollektivs wurde. So wurde neben der gemeinsamen Deprivationserfahrung des Landraubs die Betonung der kulturellen Andersartigkeit sinnstiftend für eine historisch hergeleitete Konstruktion kollektiver Identität. Diese legitimiert zudem Kollektivforderungen (Garcia Linera et al. 2004: 241-245).

4.4 Forderungen

Statt bloßen Landrechten forderte die CIDOB ab 1986 verstärkt indigene Territorien, in denen die dort ansässigen Gruppen das mit Ursprünglichkeit begründete kollektive Eigentumsrecht über Land und natürliche Ressourcen wie Bodenschätze und Wälder haben sollen. Zudem sollen indigene Territorien als Verwaltungseinheit mit eigenen selbst gewählten Autoritäten aner-

kannt werden und über zentrale Bereiche wie Gesundheit, Bildung, sowie kultureller und ökonomischer Entwicklung bestimmen können (Garcia Linera et al. 2004: 252). Die Forderung entstand somit einerseits vor dem Hintergrund der zunehmenden Zerstörung indigener Lebensräume, andererseits aber auch durch den lange Zeit praktizierten politischen Ausschluss. Die Autonomie bedeutet nicht Sezession, sondern eine Anerkennung kommunitärer Organisationsformen und somit einen Bruch mit dem postkolonialen Staatsmodell und der bis in die Verwaltung der Landkreise reichenden Macht der Oligarchie (CIDOB 2001). Da hierfür eine institutionelle Neustrukturierung des Staates notwendig ist, setzte sich die CIDOB bereits ab ihrem ersten öffentlichen Auftreten 1990 für die Einberufung einer *Asamblea Constituyente*³⁵ (AC) ein (Chávez 2008: 54; Martínez/Linsalata 2011: 20). Trotz der konzeptioneller Analogie hat diese Forderung weniger *high-profile* Charakter als in Mexiko. Denn einerseits wurde durch den Druck externer Akteure, wie die US-Regierung andere policy Felder, vor allem die Koka-Politik zum Kerninteresse der Eliten. Andererseits zeigten diese -bedingt durch ihre relativ schwachen Machtpositionen- schon bald Bereitschaft zu Verwaltungsreformen und der Integration ethnischer Belange (siehe 4.5) (Lessmann 2010: 112-114).

4.5 Strategien und Aktionen

Nachdem sich die CIDOB in den 1980er Jahren im Kontext der verschärften *structural strains*, günstiger POS und einer kollektiven indigenen Identität konsolidiert hatte, beschloss sie ihren Forderungen mit einer Protestaktion Nachdruck zu verleihen. Während der *Marcha indígena por el Territorio y por la Dignidad*³⁶ von 1990 marschierten ca. 800 Vertreter der indigenen Gruppen des Tieflands 34 Tage lang von Trinidad zum Regierungssitz in La Paz. Sie forderten territoriale Rechtstitel und Selbstverwaltung für ihre Gemeinden, so wie die Einberufung einer AC (Garcia Linera et al. 2004: 217; Lessmann 2010: 120).

Mit diesem historischen Protestmarsch gelangten die Probleme der indigenen Bevölkerung im Tiefland erstmals an eine breite Öffentlichkeit, was die ohnehin schwache Regierung von Präsident Paz Zamora so stark unter Druck setzte, dass er nach Verhandlungen mit den Aktivisten per präsidialem Dekret fünf indigene Territorien schuf (Grey Postero 2005: 64). Auch wenn die Regierung im Folgenden keinerlei Maßnahmen zur Umsetzung des Dekrets unternahm, begann so doch das paktierte Verhältnis zum Staat, welches für die Strategie der CIDOB prägend wurde. Diese zeichnet sich besonders dadurch aus, dass der Staat weniger als Feind wahrgenommen wird, sondern vielmehr als Verbündeter, welcher den Indigenen

35 Dt.: Verfassungsgebende Versammlung.

36 Indigener Demonstrationzug für Territorium und Würde.

Schutz vor dem Eindringen der Holz-, Viehzucht- und Agrarunternehmen in ihre Lebensräume bieten soll³⁷ (Linera et al. 2004: 256-257). Diese Strategie lässt sich dadurch erklären, dass den Aktivisten in der Folge immer wieder institutionelle Zugangsmöglichkeiten geboten wurden und sie Teilerfolge in Bezug auf ihre Forderungen verbuchen konnten, was im Folgenden genauer dargelegt wird.

Besonders während der Präsidentschaft von Gonzalo Sánchez de Lozada (1993-1997) taten sich Zugangsmöglichkeiten auf. Zum einen wurde eine Fachkommission für ethnische Angelegenheiten gegründet, die im April 1994 ein Abkommen der Zusammenarbeit mit der CIDOB schloss. Sie erlangte so direkten Zugang zur *polity* und konnte an der Ausarbeitung von Reformen teilnehmen (Grey Postero 2005: 65). Zu den wichtigsten gehörten die konstitutionelle Neudefinierung Boliviens als multiethnische und plurikulturelle Nation, so wie das in 4.2 erläuterte LPP. Es berücksichtigte zwar einige Vorschläge der CIDOB, war aber primär eine neue Regierungstechnik angesichts des neoliberalen Rückzug des Staates (Ströbele-Gregor 2006: 301, 310; Kaltmeier 2009: 356-358).

Das LPP öffnete die politischen Institutionen und schaffte Räume für die Organisationen der Indigenen, welche die Hegemonialstellung der weiß-mestizischen Eliten zumindest geringfügig schwächten. So konnten sehr vereinzelt Verwaltungsposten besetzt werden. Aufgrund der oben erläuterten Problematiken blieben Partizipationsmöglichkeiten jedoch sehr eingeschränkt und hatten vor allem symbolischen Charakter (Grey Postero 2005: 72-79).

Die CIDOB nutzte aber weiterhin ihren Zugang zu staatlichen Instanzen. In beständiger Interessenvertretung und Lobbyarbeit – unterstützt durch einen zweiten großen Protestmarsch mit einigen hundert Teilnehmern im Oktober 1996 – setzte sie sich für ein neues Agrargesetz ein (Ströbele-Gregor 2006: 310). Dieses wurde noch im selben Jahr verabschiedet und schuf die Agrarbesitzform *Tierras Comunitarias de Origen*³⁸ (TCOs) (García Linera et al. 2004: 234-235). In Anlehnung an das von der CIDOB formulierte Konzept indigener Territorien sollen die TCOs eigene Autoritäten, die Befugnis zur Rechtsprechung bei internen Konflikten so wie das Recht auf die Nutzung der Ressourcen haben. Auch wenn das Gesetz die Achtung der Gemeinden nur so weit vorsieht, dass der Staat sie konsultieren muss, aber nicht ihr Entscheidungen respektieren muss, öffnete es doch weitere Möglichkeiten, die von der indigenen Bewegung im Tiefland angestrebte Autonomie auf institutionellem Wege zu erreichen (Barbosa/Delgadillo 2011: 118).

37 Trotz dieser Staatsnähe, lässt sich höchstens zeitweise von Kooptation sprechen, da die CIDOB sich nicht von einer politischen Strömung vereinnahmen oder instrumentalisieren ließ und selbst zur MAS-Regierung ein distanzierteres Verhältnis behielt, was besonders im TIPNIS-Konflikt offensichtlich wurde (siehe 4.6).

38 Dt.: Gemeinschaftliche Ursprungsländereien.

Die Umsetzung des Gesetzes verlief äußerst schleppend, sowohl in der Titulierung von TCOs als auch in Überprüfung (*saneamiento*) von Ländereien zu deren Aufteilung (Lessmann 2010: 160-161). Dies gab zwar Anlass zur Frustration und zu einer Spaltung³⁹ in der Bewegung der indigenen Tieflandgruppen, jedoch behielt die CIDOB ihre institutionelle Strategie bei (Grey Postero 2005: 75-76). Mit der Ernennung des CIDOB-Aktivisten Marcial Fabricano 2002 zum Vizeminister für indigene Angelegenheiten erlangte sie sogar direkten Zugang zu Exekutivstellen (Schilling-Vacaflor/Schorr 2011: 260-262). So versuchte sie selbst während des Protestzyklus 2000-2005, der von massiven Mobilisierungen verschiedener sozialer Bewegungen mit oftmals konfrontativen Protestformen und z.T. sogar gewaltförmigen⁴⁰ Aktionen geprägt war, weiterhin über Verhandlungen ihre Forderungen durchzusetzen. Während des Höhepunktes des Protestzyklus im Oktober 2003 einigte sie sich beispielsweise mit dem Entwicklungsministerium auf eine stärkere Auflagen beim *Saneamiento* (Schorr 2009: 207-212; García Linera et al. 2004: 234-235).

Mit dem Einzug von Vertretern indigener Organisationen aus dem Tiefland in den Kongress im Jahre 2002 fanden diese erstmals Repräsentation in der Legislative (Ströbele-Gregor 2006: 279-280; García Linera et al. 2004: 267). Wie in 4.2 erläutert bietet das Parlament anders als in Mexiko auch Oppositionsparteien einen größeren Handlungsspielraum. Neben Vorbereitungen zur AC wurde in Zusammenarbeit mit weiteren Vertretern sozialer Organisationen eine Reform des Munizipalwahlrechts erreicht, sodass 2004 erstmals indigene Organisationen, wie die CIDOB direkt an den Gemeindewahlen teilnehmen konnten. Dadurch wurde die institutionelle Struktur weiter geöffnet (García Linera et al. 2004: 268).

Besonders der Protestzyklus begünstigte die POS für die Forderungen der CIDOB zum einen, da sie im Gegensatz zu anderen Themen, wie der Gas-Politik weniger *high profile policy domains* tangierten und die schwachen Regierungen hier eher zu Zugeständnissen bereit waren. Zum anderen wurde ihre Forderung nach einer AC von verschiedenen Bewegungen aufgegriffen und vorangetrieben, die somit zu wichtigen direkten Verbündeten wurden (Martínez/Linsalata 2011: 20).

Mit dem Wahlsieg von Evo Morales und der *Movimiento al Socialismo*⁴¹ (MAS) bei den vorgezogenen Neuwahlen im Dezember 2005 übernahm schließlich eine aus dem Bewe-

39 Die Coordinadora de los Pueblos Étnicos de Santa Cruz (CPESC – dt.: Verband der ethnischen Völker von Santa Cruz) spaltete sich von der CIDOB ab.

40 Die Phase des radikalen bewaffneten Widerstand der Aymara um Felipe Quispe im Juni 2001 ebte ab, als Quispes und weiter Aymara-Aktivisten ins Parlament einzogen, also Zugang zu den Institutionen fanden (Schorr 2009: 208).

41 Dt.: Bewegung zum Sozialismus. Aus der Kokabauern- Gewerkschaft hervorgegangene links orientierte Partei mit indigener Prägung, aber einer polyphonen Identität. Aktuelle Regierungspartei Boliviens.

gungssektor hervorgegangene politische Kraft die Regierung. Da sie den Forderungen der CIDOB sehr positiv gegenüberstand und auch die Einberufung einer AC in ihr Programm aufgenommen hatte, welche bereits im August 2006 ihre Arbeit aufnehmen sollte, taten sich so einmalige POS für die CIDOB auf, um auf institutionellem Wege für die indigene Autonomie zu kämpfen (Lessmann 2010: 135-136).

Um stärker in der AC auftreten zu können, schloss sie sich mit den übrigen nationalen Organisationen des bäuerlich-indigenen Sektors zum *Pacto de Unidad*⁴² zusammen, wobei die CIDOB besonders eng mit dem ebenfalls stark ethnisch ausgerichteten *Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu*⁴³ (CONAMAQ) kooperierte. Bereits 2002 protestierten beide Organisationen gemeinsam für eine AC (Garcia Linera 2004: 264; Schilling-Vacaflor/Schorr 2011: 260-262). In wie weit die CIDOB ihre Vorstellungen einer indigenen Autonomie mittels der AC durchsetzen konnte, soll unter dem nächsten Punkt *outcomes* diskutiert werden.

4.6 Outcomes

Wie bereits im vorangehenden Absatz angedeutet, erlangte die CIDOB mit ihrer institutionellen Strategie bereits vor der AC *impacts*, die sich auch einzeln betrachten ließen und besonders über den *political access mechanism* erklärt werden können. In dieser Arbeit werden sie aber eher als Zwischenschritte auf dem Weg zu den mittels der AC erreichten *impacts* betrachtet.

Mit Einberufung der AC wurde ein sehr bedeutender *structural impact* erzielt, welcher es der CIDOB ermöglichte sich bei der Neukonstituierung des Staates für ihre Ziele einzusetzen. Erklären lässt sich dieser *impact* am klarsten über den *public preference mechanism*, da nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch verschiedene Akteure des Bewegungssektors, welche die neue Regierung von Evo Morales stützten, die Einberufung der AC verlangten. In der Verfassungsdebatte wurde die indigene Autonomie vor allem ein Gegenentwurf zu der von der Tieflandelite geforderten Departements-Autonomie⁴⁴. Jedoch gingen zentrale Elemente des von der CIDOB zunächst *autodeterminación de los pueblos* genannten Konzepts auch

42 Dt.: Einheitspakt. Anders als der Name verlauten lässt, bestanden stets Differenzen zwischen stärker ethnische ausgerichteten Organisationen, mit denen die eine Gewerkschaftsstruktur aufweisen.

43 Der nationale Rat der Ayllus und Markas des Qullasuyu hat seine Basis im Hochland und beruft sich auf das Inkareich („Qullasuyu“). Mit der Forderung nach einer Umbenennung Boliviens in „Qullasuya Bolivia“ provozierte sie einen Konflikt mit der Partnerin CIDOB (Lessmann 2010: 121).

44 Diese stellt einen Versuch zur Wahrung der politischen und sozio-ökonomischen Vormachtstellung der weißen Eliten des Tieflands dar, angesichts der „Bedrohung“ durch eine aus indigenen Bewegungen hervorgegangenen Zentralregierung mit einem Programm zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

in den Entwurf des *Pacto de Unidad* zur *autonomía indígena originaria y campesina*⁴⁵ (AIOC) und später auch in die neue Verfassung ein (Chávez 2008: 57). Obwohl die von dem *Pacto de Unidad* geforderten ethnischen Quoten bei der Zusammensetzung der AC nicht realisiert wurden, waren letztendlich doch – aufgrund der Wahlmodalitäten, die nicht nur Parteien zuließ – 56% der 255 Abgeordneten angehöriger indigener Gruppen (Balderrama 2006). Im Sinne des *political access mechanism* hatten die im *Pacto de Unidad* zusammengeschlossenen Organisationen so eine starke Position innerhalb der neu geschaffenen Institution, um für ihre Forderungen zu kämpfen.

Ohne die einzelnen Etappen und Konflikte im verfassungsgebenden Prozess zu erläutern, bleiben an dieser Stelle folgende Ergebnisse festzuhalten, die in der neuen Verfassung von 2009 verankert wurden. Nach Artikel 269 erkennt die bolivianische Verfassung neben den republikanischen Verwaltungseinheiten Departementen, Provinzen und Landkreisen auch *territorios indígena originario campesinos* (TIOC) an (Asamblea Constituyente de Bolivia 2008). Wobei alle vier Einheiten denselben konstitutionellen Rang haben, keine der anderen untergeordnet ist (Art. 276). Nach Artikel 289 haben indigene Gruppen, die Territorium, Kultur, Geschichte, Sprachen und eigene juristische, politische, ökonomische und soziale Organisationen teilen, das Recht zu einer AOIC. Der Übergang zur rechtlich anerkannten Autonomie kann auf zwei komplementären Wegen erfolgen. Die Artikel 291-294 sehen die Möglichkeit vor autonome indigene Landkreise zu bilden, wenn sich die Bevölkerung in einem Referendum für diese Möglichkeit ausspricht. Ein zu verabschiedendes Autonomiestatut muss den Prinzipien der Verfassung und des *Ley Marco de Autonomía* entsprechen. Diese formelle Anerkennung indigener Autonomie innerhalb des Nationalstaats bedeutet die Konsolidierung eines langen Prozesses, der mit dem LPP und der Schaffung von OTB 1994 begann (Albó/Romero 2009: 14).

Als Basis für die autonomen indigenen Verwaltungseinheiten wird in der neuen Verfassung aber auch das ursprünglich als kollektive Landbesitzform geschaffene TCO gesehen. Drückt die dort lebende Bevölkerung in einer Befragung nach *usos y costumbres* ihren Willen zur Autonomie aus, kann das TCO zur autonomen Verwaltungseinheit werden (Art. 293; Albó/Romero 2009: 13-15).

Den autonomen indigenen Verwaltungen wird das Recht zugestanden eigene Formen sozialer, politischer, kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung gemäß ihrer Identität zu bestimmen und zu praktizieren. Außerdem haben sie das Recht auf eine eigene Gerichtsbarkeit,

45 Je nach ihrem Selbstverständnis nennen sich die indigenen Gruppen Boliviens „Indígenas“ wie im Tiefland, „pueblos originarios“ (dt.: ursprüngliche Völker) wie im Hochland oder auch schlicht „Campesinos“, was die gängige Selbstbezeichnung der Binnenmigranten ist (Albó/Romero 2009).

Steuererhebung, Haushaltsverwaltung, Infrastrukturplanung, Bildungs- und Gesundheitspolitik und der Nutzung und Verwaltung der erneuerbaren Ressourcen, so wie der Kontrolle und Überwachung bei der Ausbeutung der fossilen Bodenschätze (Art. 304).

Im Dezember 2009 entschieden sich elf Landkreise in einem Referendum für die indigene Autonomie, von denen drei im östlichen Tiefland liegen (Ministerio de Autonomía 2012). Im Oktober 2011 präsentierte der Landkreis *Charagua* sein Autonomiestatut, um im Tiefland der erste Landkreis mit indigenen Autonomierechten zu werden (eabolivia.com 2011). Meist sind die indigenen Gruppen aber Minderheiten in den dortigen Landkreisen, die oft auch nicht den indigenen Siedlungsräumen entsprechen, sodass der Weg über die TCOs hier bedeutender ist. Mit der konsequenten, beharrlichen Arbeit der CIDOB wurden bis Februar 2011 bereits 55 TCOs auf einer Fläche von 12 Millionen Hektar tituiert, besonders unter der Regierung Morales (Fundación Tierra 2011a). Seit dem wurden zwar auch vereinzelt Teile von Großgrundbesitzen im Tiefland enteignet und an indigene Gemeinden vergeben. Da die Begrenzung des individuellen Agrarbesitzes auf 5.000 Hektar nun aber nicht rückwirkend gilt, sind der Landaufteilung und Titulierung sicherlich auch Grenzen gesetzt (Lessmann 2010: 161-167). So werden im östlichen Tiefland immer noch über 22 Millionen Hektar für die Formierung von 60 TCOs gefordert (Iniciativa Territorio Indígena y Gobernanza 2011). Auch wenn die TCOs nun offiziell TIOC heißen, wird besonders im Tiefland vielen die Möglichkeit verwehrt autonome Verwaltungseinheiten zu bilden, da 58% der TIOCs keine zusammenhängenden Territorien bilden (Fundación Tierra 2011b: 3). Dies ist ebenso Voraussetzung, wie eine Mindesteinwohnerzahl von 10.000, die im Tiefland oft ebenfalls nicht erfüllt wird (Fundación Tierra 2010). Trotz des hohen Interesses für die Erlangung der Autonomie auf diesem Wege, verläuft der Prozess der Erarbeitung und Verabschiedung von Autonomiestatuten doch noch sehr langsam und bürokratisch, sodass noch keine weiteren Zahlen dazu vorliegen (Balderrama 2011).

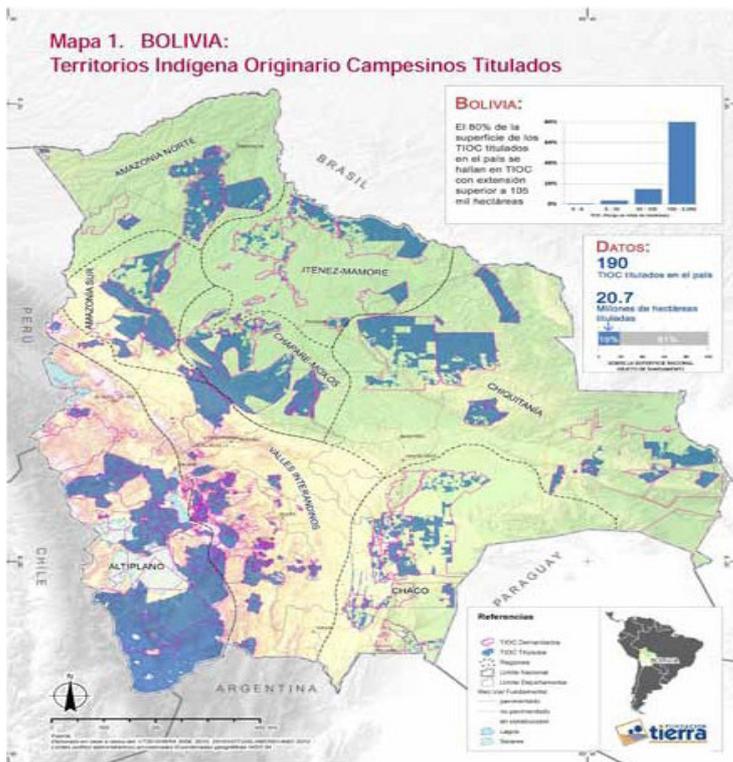


Abb. 4: Titulierte TIOC in Bolivien (dunkel markiert) (Fundación Tierra 2011b: 4).

Die indigene Autonomie wird aber auch bereits rechtlich dadurch eingeschränkt, dass sie bei der Ausbeutung von nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen nur Konsultationsrecht hat (Fundación Tierra 2011b: 6). Des Weiteren kann es auch – wie im aktuellen TIPNIS-Konflikt⁴⁶ – dazu kommen, dass die Regierung sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzt und Projekte vorantreibt, welche die gesetzlich gewährten Selbstbestimmungsrechte der indigenen innerhalb der TIOC verletzen (Fuentes 2011: 23-24). Doch nicht nur mit dem Staat gerät die indigene Autonomie in Konflikt, sondern vor allem auch mit den Präfekten der Tieflanddepartemente, da die indigene Autonomie im rassistisch unterfütterten Diskurs der Autonomiestatute der Departemente nicht anerkannt ist. Dies ist auch vor dem Hintergrund der engen Verbindungen zur ökonomischen Elite zu sehen, die Interesse am uneingeschränkten Zugang zu den natürlichen Ressourcen hat (Chávez 2008: 61).

Die CIDOB konnte über ihren institutionellen Zugang also entscheidende *substantive impacts* auf Gesetzes- und Verfassungsebene erzielen, die bedeutende Möglichkeiten zur gesetzlich anerkannten Realisierung indigener Autonomie schaffen. Zum einen sind aber bereits die gesetzlichen Möglichkeiten eingeschränkt und zum anderen gestaltet sich die reale Umsetzung noch schwierig.

46 Die Bewohner des indigenen Territoriums und Nationalparks Isidoro-Sécre wehren sich gegen den geplanten Bau einer Autobahn durch das Gebiet. Der Konflikt entlud sich z.T. gewalttätig und führte zu einer Neuausrichtung der CIDOB gegenüber der MAS-Regierung. Die Ereignisse trugen sich während des Verfassens der Arbeit zu und bleiben hier angesichts des engen Rahmens unberücksichtigt.

5. Fazit

Die indigene Bevölkerung in Südmexiko und Ostbolivien sah sich in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts sehr ähnlichen *structural strains* ausgesetzt: Ihre ursprünglich bewohnten Ländereien waren von auf Monokulturen basierenden exportorientierten Großgrundbesitzern in Besitz genommen worden. Sie wurden in abgelegene Regionen oder/und in Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse auf den *Haciendas* und *Fincas* gedrängt. Die Auswirkungen nationaler Revolutionen mit ihrem Agrarreformprogramm hatten die betrachteten Regionen nicht erreicht, während die Großgrundbesitzerelite durch Integration in die postrevolutionären Staaten ihre politische Macht festigte. Die *Indigenismo*-Politik zielte auf die Anpassung der Indigenen an die hegemoniale Kultur ab und unterdrückte indigene Organisationsformen innerhalb der „modernen“ Nationalstaaten, während die indigene Bevölkerung zudem eine sozio-ökonomische Diskriminierung erfuhr. Wirtschaftliche Modernisierungen, besonders im Rahmen neoliberaler Politiken, verschärften die Spannungen derart, dass soziale Organisation zur Verteidigung der Ländereien immer wichtiger wurde. Unterstützt von Verbündeten entstanden so in beiden Fällen Bewegungen, die begannen über den lokalen Kontext hinaus zu agieren. Mit der Politisierung des Ethnischen und der Herausbildung einer indigenen Identität, wurde die zunächst gestellte Forderung nach Landrechten durch die nach kollektiven Territorialrechten erweitert. Angesichts der Exklusion indigener Organisationsformen im Nationalstaat, forderte man zudem administrative Selbstverwaltung. Dies verschmolz mit dem territorialen Aspekt in der Forderung nach indigener Autonomie zur Überwindung der Deprivationen.

In Südmexiko traf die Bewegung jedoch – mit Ausnahme der Dimension „Verbündete“ – auf sehr ungünstige POS. Das autoritär-korporatistische Herrschaftsregime der PRI stellte mit seiner zentralisierten, geschlossenen institutionellen Struktur keine Zugangsmöglichkeiten für dissidente Oppositionelle bereit und wehrte sich mit exklusiven Reaktionsroutinen lange gegen eine Öffnung. Die besonders repressiven Reaktionen der Elite von Chiapas provozierten hier eine Radikalisierung der *Campeño*- und *Indígena*-Bewegung, welche zudem in den Kontext verschärfter *structural strains* fällt. In Anbetracht des geringen Erfolges aller erprobten niedrigschwelligen Protestformen – selbst von konfrontativen – erhielt die mit Waffen ausgestattete und partizipativ organisierte EZLN immer mehr Zulauf. Dieser wurde zudem beschleunigt als die Regierung die Änderung des Artikels 27 beschloss, da sich die institutionelle Struktur weiter verschloss und Spannungen verschärft wurden. So sahen immer mehr Aktivisten den bewaffneten Kampf außerhalb von staatlichen Institutionen als „letztes aber gerechtes Mittel“, um für ihre Forderungen zu kämpfen.

Die indigene Bewegung im Tiefland Ostboliviens, welche mit der gleichen (Teil-)Forderung gegen ähnliche *structural strains* kämpfte, traf auf gänzlich andere POS. In dem redemokratisierten System wurde eine institutionelle Struktur etabliert, die sich wesentlich offener und dezentralisierter gestaltete als in Mexiko. Zudem herrschten Spannungen zwischen den Eliten. Im Anschluss an den ersten großen Protestmarsch der CIDOB konnten ihre Führungsmitglieder direkt mit der Regierung verhandeln, welche zum Teil auf die Forderungen einging. In der Folgezeit boten sich der Bewegung verschiedene Zugangsmöglichkeiten sowohl zur Exekutive als auch zur Legislative, um auf institutionellem Wege für ihre Autonomiebestrebung zu kämpfen, ohne sich einer politischen Strömung unterzuordnen. Dabei konnten – wie mit der Einführung der TCOs – immer wieder bedeutende Teilergebnisse erzielt werden, welche Anlass zu einer Fortführung dieser Strategie gaben. Während in Mexiko kollektive Landrechte trotz der Bewegungsaktivität abgeschafft wurden, konnten sie in Bolivien von der CIDOB erkämpft werden. Als 2006 mit der MAS schließlich eine Kraft aus dem Bewegungssektor die Regierung übernahm, boten sich der CIDOB einmalige POS. Die MAS war nicht nur eine wichtige Verbündete, sondern berief auch die AC ein, wodurch die CIDOB die Zugangsmöglichkeit zu einer offenen Institution erhielt, welche die Zukunft des Landes bestimmen sollte.

In Mexiko dagegen erlangte die EZLN mit dem bewaffneten Aufstand „nur“ die Anhörung und Diskussion ihrer Forderungen von Regierungsseite. Dies wurde jedoch zuvor in vergleichbarer Weise mit keiner anderen Protestform der unabhängigen *Campeño*- und *Indígena*-Bewegung im Süden des Landes erreicht. Außer diesem temporären *procedural impact* konnte die EZLN in *policy*-Hinsicht aber nur derartig kleine *substantive impacts* erzielen, dass sie vor allem aus Aktivisten-Sicht keine wesentlichen Veränderungen bedeuten. Da sie bei dem Versuch Gesetzesänderungen zu erwirken auf derart geschlossene POS trafen, (selbst nach dem Regierungswechsel blieb der Elitenzusammenhalt aufrecht), sahen sowohl die EZLN als auch andere im CNI organisierte Gruppen die Autonomieforderung nur außerhalb der staatlichen Institutionen als realisierbar an. Mit dem Aufbau der De-facto-Autonomie in Chiapas konnte die zapatistische Bewegung z.T. reale Verbesserungen erwirken, vor allem aber eine alternative Perspektive zu den bestehenden exkludierenden Verhältnissen bieten. Besonders nach dem Scheitern der rechtlichen Initiativen, die erst durch den bewaffneten Aufstand auf den Weg gebracht wurden, wurde der Auf- und Ausbau von De-facto-Autonomie von weiteren Organisationen aufgegriffen. Solche *substantive impacts* sind in der staatszentrierten Bewegungsforschung im POS-Ansatz bisher nicht theorisiert worden. Eine mögliche aus dem behandelten Fallbeispiel abgeleitete Schlussfolgerung wäre, dass SB, die ihre Orga-

nisationsstärke trotz extrem geschlossener POS aufrecht erhalten können, ihre Forderungen außerhalb der staatlichen Institutionen zu realisieren versuchen, wenn die *structural strains* fortbestehen oder sich verstärken.

Trotz geringer Mobilisierungsstärke konnte die CIDOB bedeutendere *procedural und substantive impacts* in der Gesetzgebung erzielen. Dies bestätigt die These, dass kein direkter Zusammenhang zwischen Bewegungsstärke und *outcomes* besteht. Vielmehr eröffneten die POS der Bewegung Zugangsmöglichkeiten zu Institutionen, wo sie im Sinne des *political access mechanism* für Gesetzesänderungen kämpfen konnten. Besonders die AC bot solche Möglichkeiten, um zentrale Punkte der geforderten Autonomie auf Verfassungs- und Gesetzesebene zu verankern. In den betrachteten Fällen waren die POS nicht nur ein wesentlicher Faktor für die von den Bewegungen gewählten Strategien innerhalb bzw. außerhalb staatlicher Institutionen zu agieren. Die POS waren auch maßgeblich für die Form und Reichweite ihrer *outcomes*.

Die Betrachtungen zu den *outcomes* in der Autonomiefrage waren in dieser Arbeit nur in einer Außenperspektive möglich und können bloße Tendenzen in der Realisierung indigener Autonomie aufzeigen. Im Fall von Südmexiko sind Daten schwer zugänglich, da die Akteure unabhängig von staatlichen Instanzen agieren, während die Entwicklung in Bolivien noch sehr jung ist. Weitere (über Feldforschungen) zu klärende Fragen wären, in wie weit es zu einer objektiven oder auch subjektiv wahrgenommenen sozio-ökonomischen Veränderung der Lebensumstände der Mitglieder der autonomen Gemeinden kommt. In Anlehnung an diese Arbeit wäre besonders interessant, wie sich diese Ergebnisse unterscheiden, je nachdem ob die Autonomieform innerhalb oder außerhalb staatlicher Institutionen erkämpft wurde.

6. Literaturverzeichnis

Albó, Xavier (2005): „Ciudadanía étnico-cultural en Bolivia“, http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a20_1/apache_media/DBCDD5M9BSRAK3NN8HLLVDA YXIIBFR.pdf (Zugriff 25.03.2012).

Albó, Xavier/Romero, Carlos (2009): *Autonomías Indígenas en la Realidad Boliviana y su nueva Constitución*, La Paz: Vicepresidencia del Estado Plurinacional de Bolivia, PDF unter: http://www.ftierra.org/ft/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=571&Itemid=65 (Zugriff: 25.03.2012).

Asamblea Constituyente de Bolivia (2008): „Constitución Política del Estado“, http://www.justicia.gob.bo/index.php/normas/doc_download/35-nueva-constitucion-

- politica-del-estado (Zugriff: 25.03.2012).
- Balderrama, Ramiro (2006): „La representación de los pueblos indígenas campesinos y originarios en la Asamblea Constituyente“, <http://www.gobernabilidad.org.bo/piocs/autorepresentacion-politica/la-representacion-de-los-pueblos-indigenas> (Zugriff: 25.03.2012).
- Balderrama, Ramiro (2011): „Las autonomías indígenas en la Constitución Política del Estado“, <http://www.gobernabilidad.org.bo/piocs/autonomia-y-autodeterminacion/las-autonomias-indigenas-en-la-nueva-constitucion> (Zugriff: 25.03.2012).
- Barbosa, Manlio Flavio/Delgadillo, Gabriela (2011): „El papel del Estado en la transformación de lo legítimo en legal“, in: Colectivo Katär Uta (Hg.): *¿Ahora es cuando? Bolivia: cambios y contradicciones*, México: Edición Pez en el Árbol, 37-100.
- Boris, Dieter (2007): „Soziale Bewegungen als Form des Unterschichtenprotests – Das Beispiel Lateinamerika“, *Forschungsjournal NSB*, 20 (4), 81-87.
- Boris, Dieter (2009): „Soziale Bewegungen in Lateinamerika – Bilanz und Perspektiven“, in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hg.): *¿'El pueblo unido'? – Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 555-570.
- Braig, Marianne/Müller, Markus-Michael (2008): „Das politische System Mexikos“, in: Klaus Stüwe/Stefan Rinke (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika: Eine Einführung*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 388-415.
- Brockett, Charles D. (1991): „The Structure of Political Opportunities and Peasant Mobilization in Central America“, *Comparative Politics*, 23 (3), 253-274.
- CCRI-CG (1993): „Erste Erklärung aus der Selva Lacandona“, <http://www.nadir.org/nadir/archiv/Internationalismus/Mexico/basta3.html#1> (Zugriff: 25.03.2012).
- CCRI-CG (1994): „Segunda Declaración de la Selva Lacandona“, <http://www.nodo50.org/pchiapas/chiapas/documentos/selva.htm#marca2> (Zugriff: 25.03.2012).
- Chávez, Marxa (2008): „'Autonomías indígenas' y 'Estado Plurinacional' en Bolivia“, in: *OSAL*, 9 (24), 51-71. PDF unter: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/osal24/03chavez.pdf> (Zugriff 25.03.2012).
- Chávez, Marxa (2011): „Dominación y rebelión en el oriente boliviano. La construcción de Oriente y el Cerco a Santa Cruz“, in: Colectivo Katär Uta (Hg.): *¿Ahora es cuando?*

- Bolivia: cambios y contradicciones*, México: Edición Pez en el Árbol, 37-100.
- CIDOB (2001): „Propuesta sobre las reformas a la Constitución Política del Estado“, <http://constituyentesoberana.org/3/propuestas/osio/propuesta-CIDOB.pdf> (Zugriff: 25.03.2012).
- CIEPAC (2003): „Municipios Autónomos Zapatistas“, <http://www.ciepac.org/mapas/politicos/caracol03.jpg>, (Zugriff 25.03.2012).
- Clausing, Peter (2012): „Vertriebene Indígenas in Oaxaca starten erneuten Rückkehrversuch“, <http://amerika21.de/meldung/2012/02/47530/triqui-karawane>, (Zugriff: 25.03.2012).
- Della Porta, Donatella (1995): *Social Movements, Political Violence, and the State - a Comparative Analysis of Italy and Germany*, Cambridge: Cambridge Univeristy Press.
- Dietz, Gunther (2005): „Del indigenismo al zapatismo: la lucha por una sociedad mexicana multi-étnica“, in: Nancy Grey Postero/Leon Zamosc (Hg.): *La lucha por los derechos indígenas en América Latina*, Quito: Ediciones Abya-Yala, 53-128.
- eabolivia.com (2011): „Autonomía indígena en el oriente boliviano“, <http://www.eabolivia.com/bolivia/9322-autonomia-indigena-en-el-oriente-boliviano.html> (Zugriff: 25.03.2012).
- Ernst, Tanja (2009): „Koloniales Erbe und aktuelle Politik: soziale Ungleichheit und politischer Wandel in Bolivien“, in: Tanja Ernst/Stefan Schmalz (Hg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*, Baden-Baden: Nomos, 125-140.
- Fix-Fierro, Héctor (1995a): „Agrarreform und Landentwicklung“, in: Hans-Joachim Lauth/Hans-Rudolf Horn (Hg.): *Mexiko im Wandel*, Frankfurt: Vervuert, 69-78.
- Fix-Fierro, Héctor (1995b): „Chiapas: der Schauplatz eines Aufstandes“, in: Hans-Joachim Lauth/Hans-Rudolf Horn (Hg.): *Mexiko im Wandel*, Frankfurt: Vervuert, 79-99.
- Foweraker, Joe (1995): *Theorizing Social Movements*, London: Pluto Press.
- Fundación Tierra (2011a): „Territorios Indígena Originario Campesinos entre la Loma Santa y la Pachamama“, http://www.ftierra.org/ft/index.php?option=com_wrapper&view=wrapper&Itemid=236 (Zugriff: 25.03.2012).
- Fundación Tierra (2011b): „Territorios indígena originario campesinos en Bolivia“, http://ftierra.org/ft/index.php?option=com_docman&task=7doc_download&Itemid=65&gid=800 (Zugriff: 25.03.2012).
- Gabbert, Wolfgang (1997): „Die Grenzen der Kooptation und der Aufstand von 1994“, in: Karin Gabbert et al. (Hg.): *Land und Freiheit*, Bad Honnef: Horlemann, 162-178.
- García Linera, Álvaro et al. (2004): *Sociología de los movimientos sociales en Bolivia*, La Paz: Plural Edición.

- Gerber, Philipp (2005): *Das Aroma der Rebellion: zapatistischer Kaffee, indigener Aufstand und autonome Kooperativen in Chiapas*, Mexiko, Münster: Unrast.
- Gerber, Philipp (2010): „Indigene Autonomie ist in Oaxaca unerwünscht: Die PRI kämpft mit paramilitärischen Mitteln um ihre Macht“, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/171160.indigene-autonomie-ist-in-oaxaca-unerwuenscht.html> (Zugriff: 25.03.2012).
- González Esponda, Juan/Pólito Barrios, Elizabeth (2000): „Agraroligarchie und Campesino-Bewegung in Chiapas“, in: Ulrich Brand/Ana Esther Ceceña (Hg.): *Reflexionen einer Rebellion: ‚Chiapas‘ und ein anderes Politikverständnis*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 66-87.
- Grey Postero, Nancy (2005): „Movimientos indígenas bolivianos: articulaciones y fragmentaciones en la búsqueda del multiculturalismo“, in: Luis Enrique López/Pablo Regalsky (Hg.): *Movimientos indígenas y Estado en Bolivia*, La Paz: Plural Edición, 53-96.
- Gruppe B.A.S.T.A. (2005): „Indigene Autonomie wächst außerhalb von Chiapas“ http://www.chiapas.ch/print_artikel.php?print_ID=457 (Zugriff 25.03.2012).
- gruppe demontage (1998): *Postfordistische Guerrilla: vom Mythos nationaler Befreiung*, Münster: Unrast.
- Hall, Stuart (1994): *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*, Hamburg: Argument-Verlag.
- Hernández Navarro, Luis (2000): „Der Kampf um indigene Rechte im Labyrinth der Doppeldeutigkeiten“, in: Ulrich Brand/Ana Esther Ceceña (Hg.): *Reflexionen einer Rebellion: ‚Chiapas‘ und ein anderes Politikverständnis*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 178-197.
- Herrera, Enrique (2005): „Etnicidad y Estado“, in: Luis Enrique López/Pablo Regalsky (Hg.): *Movimientos indígenas y Estado en Bolivia*, La Paz: Plural Edición, 17-51.
- Hellmann, Kai-Uwe (1998): „Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick“, in: Kai-Uwe Hellmann/Ruud Koopmans (Hg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung - Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 9-31.
- Holst, Jens (1997): „'Wir haben der Regierung keinen einzigen Erfolg abringen können' - Interview mit VertreterInnen der comandancia des EZLN“, <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/2509.html> (Zugriff: 25.03.2012).
- Iniciativa Territorio Indígena y Gobernanza (2011) : „Tierras Comunitarias de Origen

- (TCOs)“, http://www.territorioindigenaygobernanza.com/web/index.php?option=com_content&view=article&id=142&Itemid=141 (Zugriff: 25.03.2012).
- Ismar, Georg/Mittag, Jürgen (2009): „Vom Protest zur Partizipation? Soziale Bewegungen in Lateinamerika seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts“, in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hg.): *¿„El pueblo unido“? – Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 10-33.
- Isidoro Losada, Ana María (2009): „Alte Machthaber und aktuelle Opposition - Von den Zinnbaronen zu den Regionalfürsten im Tiefland“, in: Tanja Ernst/Stefan Schmalz (Hg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*, Baden-Baden: Nomos, 95-108.
- Jiménez Ricárdez, Rubén (2000): „Aufstieg und Fall einer ‚perfekten Diktatur‘“, in: Ulrich Brand/Ana Esther Ceceña (Hg.): *Reflexionen einer Rebellion: ‚Chiapas‘ und ein anderes Politikverständnis*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 42-65.
- Jost, Stefan (2008): „Das politische System Boliviens“, in: Klaus Stüwe/Stefan Rinke (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika: Eine Einführung*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 86-113.
- Kaltmeier, Olaf (2009): „Das Land neu gründen: Gesellschaftliche Kontexte, politische Kulturen und indigene Bewegungen in Südamerika“, in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hg.): *¿„El pueblo unido“? – Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kastner, Jens (2007): „Land und Freiheit: Indigenität als kulturelle Form von Selbst- und Fremdbestimmung“, <http://www.jenspetzkastner.de/indigenitaet.html> (Zugriff: 25.03.2012).
- Kerkeling, Luz (2006): *La Lucha sigue [Der Kampf geht weiter] -Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands*, Münster: Unrast.
- Kitschelt, Herbert P. (1986): „Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies“, *British Journal of Political Science*, 16 (1), 57-85.
- Kolb, Felix (2007): *Protest and Opportunities - The Political Outcomes of Social Movements*, Frankfurt: Campus-Verlag.
- Kriesi, Hanspeter et al. (1995): *New social movements in Western Europe*, London: UCL Press.
- Kron, Stefanie (1999): „Die Regierung der Indigenas sind die bewaffneten Gruppen“ -Interview mit Hermelinda Tiburcio Calletano, Präsidentin einer autonomen Gemeinde

- in Guerrero/Mexiko, über Wahlbetrug, Guerilla und Autonomie von Frauen und Indigenas“, <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/1923.html> (Zugriff: 25.03.2012).
- Lessmann, Robert (2010): *Das neue Bolivien – Evo Morales und seine demokratische Revolution*, Zürich: Rotpunktverlag.
- Marcos, Subcomandante (2003): *Der Kalender des Widerstandes. Zur Geschichte und Gegenwart Mexikos von unten*, Frankfurt: Edition AV.
- Martínez, Paola/Linsalata, Lucia (2011): „Las asimetrías del mandar obedeciendo en Bolivia“, in: Colectivo Katär Uta (Hg.): *¿Ahora es cuando? Bolivia: cambios y contradicciones*, México: Edición Pez en el Árbol, 15-35.
- McAdam, Doug (1982): *Political process and the development of black insurgency 1930 – 1970*, Chicago: University of Chicago Press.
- McAdam, Doug (1996): „Conceptual origins, current problems, future directions“, in: Doug McAdam et al. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge: Cambridge University Press, 23-40.
- McKinley, James C. Jr. (2006): „Letter From Mexico: Long History of Vote Fraud Lingers in the Mexican Psyche“, http://www.nytimes.com/2006/09/07/world/americas/07letter.html?_r=1&ex=1315281600&en=ece7f45babc7650b&ei=5090&partner=rssuserland&emc=rss (Zugriff: 25.03.2012).
- Ministerio de Autonomía (2012): „Autonomías indígena originario campesinos“ http://www.autonomia.gob.bo/portal3/autonomias_indigenas (Zugriff 25.03.2012)
- Panagedis, Alexis 1994: „Mexiko“, in: George Psacharopoulos/Harry Anthony Patrinos (Hg.): *Indigenous people and poverty in Latin America: an empirical analysis*, Washington D.C.: World Bank, 127-163.
- Rucht, Dieter (1997): „Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft“, in: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland- Möglichkeiten und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 382-403.
- Rucht, Dieter (1998): „Komplexe Phänomene – Komplexe Erklärungen. Die politischen Gelegenheitsstrukturen der neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik“, in: Kai-Uwe Hellmann/Ruud Koopmans: *Paradigmen der Bewegungsforschung - Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 109-129.

- Scheuzger, Stephan (2009): „Ethnische Mobilisierung in divergenten Kontexten: Indigene Bewegungen in Mexiko und Zentralamerika“, in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hg.): *¿,El pueblo unido‘? – Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 304-328.
- Schilling-Vacaflor, Almut/Schorr, Bettina (2011): „Desenredando el nudo: movimientos sociales, identidades culturales y estrategias políticas en Bolivia“, in: Peter Birle et al. (Hg.), *Las culturas políticas en la región andina*, Frankfurt/Madrid: Vervuert, 247-268.
- Schmidt, Gerold (2002): „Oberstes Gericht lehnt Verfassungsklage gegen Indígena-Gesetz ab, <http://www.chiapas.eu/news.php?id=412> (Zugriff 25.03.2012).
- Servicios del Pueblo Mixe et al. (2002): „Erklärung der Menschenrechtsgruppen zum SCJN Urteil“, <http://www.chiapas.eu/news.php?id=405> (Zugriff: 25.03.2012).
- Schön, Georg (2008): *Somos Viento [Wir sind der Wind]: globalisierte Bewegungswelten in Lateinamerika*, Münster: Unrast.
- Schorr, Bettina (2009): „Die mobilisierte Gesellschaft: Soziale Bewegungen in Bolivien“, in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hg.): *¿,El pueblo unido‘? – Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 179-209.
- Schüren, Ute (1997): „Land ohne Freiheit‘: Mexikos langer Abschied von der Agrarreform“, in: Karin Gabbert et al. (Hg.): *Land und Freiheit*, Bad Honnef: Horlemann, 33-65.
- Soruco, Ximena (2008): „De la Goma a la Soya: el Proyecto Histórico de la Élite Cruceña“, in: Fundación Tierra (Hg.): *Los barones del Oriente - El poder en Santa Cruz ayer y hoy*, Santa Cruz, 1-100.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2006): „Für ein anderes Bolivien - aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien“, in: Franziska Bopp/Georg Ismar (Hg.): *Bolivien- Neue Wege und alte Gegensätze*, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, 279-326.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2009): „Kampf um Land“, in: Tanja Ernst/Stefan Schmalz (Hg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*, Baden-Baden: Nomos, 141-154.
- Tarrow, Sidney (1991): „Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven.“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43 (4), 647-670.